

Eübeder Volksbote

Organ für die Interessen der werttätigen Bevölkerung

Der „Eübeder Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger monatlich 4,50 M.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die nebengefaltene Poststelle oder deren Raum 150 Dlg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 150 Dlg., Reklamen 500 Dlg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 56.

Dienstag, Den 8. März 1921.

28. Jahrgang.

Gewalt und Unvernunft.

Die Londoner Verhandlungen gescheitert.

Die Sieger bleiben unbarmherzig. Sie wollen ihren Triumph bis zum Letzten auskosten, mißachten die verzweifelte wirtschaftliche Lage der Unterlegenen und wollen sich mit Gewalt alles dessen bemächtigen, was Deutschland mit dem besten Willen und unter Aufbietung aller Kraft des schaffenden Volkes nicht geben kann. Damit ist erwiesen, daß sich der Militarismus überall, wo er auch thront, gleich bleibt. Mit der Faust am Schwertknäuel glaubt man auch im 20. Jahrhundert die Völker unterdrücken und ausbeuten zu können, wie es all die vielen Jahrhunderte vor dem gewesen ist. Die Völker, in diesem Fall das deutsche, arbeitende deutsche Volk muß bluten und seinen Schweiß vergießen, muß darben, um die Sünden zu sühnen, die die militaristischen Machthaber und ihre verschwärgerte großkapitalistische Sippe in eitlen Wahn und in blöder Ruhmsucht mit verschuldet hat. Die Feder möchte am liebsten noch einmal festhalten, wem wir die unerhörten Demütigungen und Qualen zu verdanken haben, die seit Jahren auf uns einströmen und warum es so weit kommen mußte, daß wir jetzt als Bittsteller vor dem Obersten Rat erscheinen und uns immer und immer wieder abweisen lassen müssen. Aber die Stunde ist zu ernst, als daß wir uns noch lange dabei aufhalten. Gewiß ist: wäre der deutsche Militarismus nicht so vernagelt gewesen, dann würde dieser schwere Alpdruck, den die Alliierten mit dem heutigen Tage aufs neue über uns verhängen, dem deutschen Volk erspart geblieben. Können, den Säbelrählern und Gewaltpolitikern, haben wir all das Elend und den Jammer zu verdanken. Dieses festzustellen ist notwendig, damit es nicht, wie die nationalistischen Kreise gerne möchten, im Gedächtnis des deutschen Volkes ausgelöscht wird. Damit sagen wir nicht, daß die Alliierten Deutschland trifft. Die Sozialdemokratie hat vor allem und seit jeher das kapitalistische System dafür verantwortlich gemacht und heute sind es die Kapitalisten der Alliierten, die tonangebend sind. Der Lärm, den augenblicklich die Blätter der Rechtsparteien mit der Schuldfrage machen, wirkt recht eigenartig. Die reaktionären Herrschaften werden sich doch wohl selbst nicht einbilden, daß das Urteil der Geschichte die „Männer von 1914“ freisprechen wird.

Lloyd Georges Ablehnungsgründe.

In der Nachmittagsitzung der Londoner Konferenz erklärte Lloyd George, daß er zu seinem großen Bedauern im Namen der Alliierten feststellen müsse, daß die Vorschläge, die Dr. Simons gemacht habe, nicht annehmbar seien und trotz des gewährten Zeitausschubs die Hinauszögerung der Sanktionen nicht rechtfertigen. Die Freunde des Weltfriedens in den alliierten Ländern und in Deutschland seien bisher darin einig gewesen, daß eine definitive Regelung der Schadensfrage zum Wiederaufbau der Weltwirtschaft notwendig sei. Die alliierten Sachverständigen hätten allerdings ein fünfjähriges Minimum aufgestellt, dieses sei aber von keinem Staatsmann in den alliierten Ländern angenommen worden. Die Alliierten müßten genau wissen, woran sie seien. Bevor Deutschland nicht Vorschläge mache, gäbe es keinen Frieden. Wenn er nach dieser Richtung die Vorschläge des Dr. Simons unterlasse, so müsse er sagen, daß diese nur anscheinend der Grundlage der Pariser Entschlüsse entsprechen; denn sie seien Bedingungen unterworfen, die sie in den nächsten fünf Jahren umwerfen könnten. Wenn das Reichsamt in Oberschlesien ganz oder teilweise ungünstig ausfalle, so sei Dr. Simons berechtigt zu erklären, daß eine neue Situation geschaffen sei. Es sei kein Vorschlag für 5 Jahre, sondern für fünf Wochen. Ueber die sonstigen von der deutschen Delegation gemachten Reserven brauche er nicht erst zu reden, weil die Reserve für Oberschlesien alles hinaussetze, und was gehehe nach 5 Jahren? Hierfür liegen keine Vorschläge, kein Minimum, nichts vor, womit die Alliierten, besonders die, welche zur Wiederherstellung ihrer verunheilten Gebiete rasch Geld erhalten müßten, etwas anfangen könnten. Gewisse Sätze in der Rede von Dr. Simons zeigten, daß Deutschland die Situation überhaupt noch nicht verstanden habe. Dr. Simons habe von den ungeheuren Opfern gesprochen, die das Provisorium erfordere. Selbst wenn Oberschlesien verloren gehe, werde Deutschland 10 Millionen mehr Bevölkerung haben als Großbritannien. Um die großbritannischen Schulden an Pensionen, Kriegsbeschädigtenunterstützungen usw. zu bezahlen, seien 500 Millionen Pfund Sterling notwendig. Wenn Deutschland dieses Jahr die Pariser Beschlüsse ausführe, so würde es für die Alliierten 125 Millionen Pfund Sterling, also ein Viertel der Summe verwenden, die Großbritannien allein aufbringen müsse. Frankreich müsse außer den Kriegsschulden und Sanktionen allein für die Wiederherstellung der verunheilten Gebiete 12 Milliarden Francs jährlich bezahlen. Deutschland brauche dagegen nur ein Neuntel der von Frankreich aufzubringenden Summe flüssig zu machen. Der andere auffällige Punkt sei die Weigerung Dr. Simons, die Verantwortlichkeit für den Krieg anzunehmen. Dieser Punkt sei der fundamentalste Satz des Friedensvertrages. Dr. Simons habe die

Geschichte zur Revision des Schuldanerkenntnisses angerufen. Er frage, wann die Geschichte zu laufen beginne. Wenn Dr. Simons von einem Vorschlag von 5 Jahren spreche, dann sei es für die Alliierten ein unbehagliches Gefühl, daß nach diesen fünf Jahren eventuell die Frage der Verantwortlichkeit als Revisionsgrund des Friedensvertrages angenommen werden könnte. Die Pariser Beschlüsse stellten einen großen Nachlaß der Versailles Bedingungen dar. Die Alliierten hätten immer betont und wiederholt, daß sie über die Zahl der Annuitäten mit sich reden lassen wollten sowie über eine der Ausfuhrabgabe äquivalente andere Regelung einer Beteiligung der Alliierten an der Besserung der deutschen Lage. Sie müßten aber auf zwei Punkten bestehen:

1. müßte unverzüglich der gesamte Betrag der von Deutschland zu tragenden festen Leistungen oder die Faktoren festgelegt werden, die als Basis für ihre Feststellung dienen sollten, und
2. müßte die Zahlungsweise der Annuitäten geregelt werden.

Ein bloßer Papiervertrag genüge nicht. Im Interesse der Alliierten, im Interesse Deutschlands und der Welt sei eine definitive Regelung unerlässlich. Die Vorschläge, die Dr. Simons unterbreite habe, könnten nur diese Regelung verzögern. Lloyd George schloß mit der Bemerkung, daß zu ihrem großen Bedauern die Alliierten zu dem Entschluß gekommen seien, daß die Sanktionen sofort in Kraft treten müßten.

Die Sitzung wurde auf eine Viertelstunde unterbrochen, um der deutschen Delegation Gelegenheit zu geben, Stellung zu nehmen.

An das deutsche Volk!

M. B. Berlin, 7. März. Der Reichspräsident hat folgende

Proklamation

erlassen: Mitbürger! Unsere Gegner in dem Weltkriege haben unerhörte und unerfüllbare Forderungen an Geld und Gut an uns gestellt. Wir selbst nicht nur, auch unsere Kinder und Enkel sollen Arbeitsklaven der Gegner werden. Durch Unterschrift sollten wir einen Vertrag besiegeln, den auszuführen auch Arbeit von Generationen nicht genügt hätte. Das durften und konnten wir nicht tun. Unsere Ehre, unsere Selbstachtung verbot es uns! Unter offenem Bruch des Friedensvertrages von Versailles sind die Gegner zur Besetzung weiteren deutschen Landes geschritten. Der Gewalt können wir keine Gewalt entgegensetzen. Wir sind wehrlos. Aber hinausrufen können wir es, daß alle es hören, die noch die Stimme des Rechtes erkennen: Recht wird hier zertreten durch Gewalt!

Mitbürger! Die Ihr Fremdherrschaft erdulden müßt! Ehern zusammen geschmiedet soll uns dieses Leid, zu einigem Fühlen, zu einigem Wollen. Mitbürger! Tretet der fremden Gewalt herrschaft mit ernster Würde entgegen. Bewahrt Euren aufrechten Sinn, aber laßt Euch nicht zu unbesonnenen Taten hinreißen. Harret aus! Habt Vertrauen! Die Reichsregierung wird nicht eher ruhen, bis fremde Gewalt vor unserm Recht weichen muß!

Der Reichspräsident: gez. Ebert.

Der Reichskanzler: gez. Fehrenbach.

Die Erklärung Dr. Simons.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung gab Reichsminister Dr. Simons folgende Erklärung ab:

„Herr Präsident! Meine Herren! Ich muß bedauern, daß auch heute wieder der Zweck der neuen deutschen Vorschläge nicht verstanden worden ist. Auch uns waren die Nachteile einer provisorischen Regelung nicht zweifelhaft, und wir haben diese fünfjährige Regelung nur unter dem Zwang des Ultimatums, das heute endet, vorgebracht, weil wir glaubten, eine bestimmte Maßnahme vorzuschlagen zu müssen. Lieber hätten wir eine Regelung gesehen, und deshalb haben wir ursprünglich eine Gesamtregelung vorgeschlagen. Auch jetzt noch würden wir eine solche weitaus vorziehen. Wir hätten aber keinen zweiten Vorschlag in der Tasche, sondern mußten nach Ablehnung des ersten einen neuen Weg suchen und haben uns um diesen neuen Weg sowohl hier in der Delegation, wie in Berlin im Kabinett bemüht. Wir sind beauftragt, und ich habe den Auftrag ausgeführt, die Konferenz um einen kurzen Aufschub zu bitten, um mit dem Kabinett über die Gesamtregelung Fühlung nehmen zu können. Ich stelle fest, daß auch dieser deutsche

Vorschlag unbeachtet geblieben ist. Aus dieser Tatsache ergibt sich schon, daß die Besorgnis unbegründet ist, als wollten wir das Provisorium dazu benutzen, um nach seinem Ablauf eine Revision des Friedensvertrages durchzuführen. Im Gegenteil, das deutsche Volk hat die Schadenersatzpflicht als Ganzes übernommen und ist bereit, ihr in den Grenzen des Möglichen nachzukommen. Wir sind deswegen auch bereit, einzugehen auf den Gedanken des Herrn Präsidenten der Konferenz, wonach den alliierten Regierungen das Recht gegeben werden soll, einen Teil des Preises zu beschlagnahmen, den die Käufer in den alliierten Ländern auf die aus Deutschland eingeführten Waren zu zahlen haben, damit dieser Teil des Preises an das Schatzamt abgeführt und auf Reparationskonto verrechnet wird. Ich habe diesen Vorschlag meiner Regierung zur Berücksichtigung empfohlen und bedaure nur, daß der Gedanke in der öffentlichen Meinung Deutschlands dadurch geschädigt worden ist, daß er in die Sanktionen aufgenommen wurde. Auch in dem Punkt ist die deutsche Delegation mit dem Gedanken des Herrn Präsidenten völlig einig, daß es jetzt darauf ankommt, mit möglicher Beschleunigung festzustellen, welches die Ziffern der festen Zahlungen sind, die durch Deutschland ausgeführt werden müssen und welches die Faktoren der variablen Leistungen sind, die Deutschland für die Reparation im Falle des Wiederaufblühens seiner Wirtschaft zu zahlen haben würde. Wir sind ferner einverstanden damit, daß in eine Prüfung eingetreten wird über die Art und Weise, in welcher Deutschland seine festen und variablen Leistungen an die einzelnen Länder machen kann. Ueber alle diese Punkte sollte unseres Erachtens möglichst bald eine Besprechung zwischen Sachverständigen veranlaßt werden. Es ist schade, daß, wenn es zu solchen Besprechungen kommen sollte, sie eine Atmosphäre vorfinden würden, die durch die Einführung der Sanktionen wesentlich verschlechtert sein wird. Ich fühle mich verpflichtet, gegen die Sanktionen, die in diesem Augenblick endgültig über uns verhängt werden, nochmals mit allem Nachdruck Verweh rung einzulegen.“

Damit war die Sitzung zu Ende.

In Dr. Simons breit angelegter Rede sind zwei Punkte als von besonderer politischer Bedeutung für die zukünftige Entwicklung hervorgehoben. Dr. Simons hat die Schuldfrage behandelt. Bei diesem Punkte ergriß die Versammlung eine merkbare Unruhe. Er hat ferner darauf verwiesen, daß er das Inkrafttreten neuer Sanktionen befürchte, wenn die jetzt in Kraft tretenden Sanktionen sich als wirkungslos erweisen sollten.

Die Alliierten marschieren.

Die Verhandlungen in London sind zerfallen, die Entente besteht auf ihrem Pakt. In London wurde folgende amtliche Note verbreitet:

„Die Alliierten haben in vollem Einvernehmen beschlossen, die deutschen Vorschläge als unannehmbar zu betrachten. Die Verhandlungen sind daher abgebrochen. Die Alliierten haben außerdem beschlossen, der deutschen Delegation ihre Absicht bekanntzugeben, die Sanktionen zu verschärfen.“

Der Drohung folgt die Tat auf dem Fuße. Bereits am Sonntagabend sind von den rüstigen und wie zu Zeiten Wilhelms des Erstigen bei uns, jetzt bei der Entente die Politik bestimmenden Militärs die Vorbereitungen für die Besetzung von Düsseldorf, Aachen und Duisburg beendet gewesen. Mit Panzerkraftwagen, Artillerie und allem, was dazu gehört, sind 15 000 Mann Besatzung für die drei Städte vorgehoben worden.

Wie aus Bernath, das an der Grenze des besetzten Gebietes liegt, mitgeteilt wird, trafen dort die ersten französischen Truppen, die für die Besetzung Düsseldorf in Frage kommen, ein. Die Besatzungsstruppen im Rheinland haben den Befehl erhalten, heute früh den Vormarsch zu beginnen.

Der deutsche Vorschlag.

Die Vorschläge, die die deutsche Delegation gestern veröffentlicht hat, sind folgende:

Deutschland verpflichtet sich, für die Dauer von 5 Jahren eine feste Annuität zu zahlen und nimmt eine Lage von 12 Prozent auf die Ausfuhr an, jedoch unter der Bedingung, daß kein Preissturz in Oberschlesien stattfindet und daß die dem deutschen Handel auferlegten Beschränkungen aufgehoben werden. Wenn die Alliierten bereit wären, diesen modus vivendi anzunehmen, so würde sich Deutschland verpflichten, selbst als möglich ein vollständiges Programm für die Reparationsfrage vorzulegen und es im Verlauf von 30 Jahren auszuführen. Für den Fall, daß die Alliierten bei ihrer Haltung verbleiben sollten, würde Herr Simons eine Frist von acht Tagen verlangen, um mit seiner Regierung zu konferieren und die Lage zu prüfen. Die Sitzung der Konferenz dauerte von 12 bis 1 1/2 Uhr. Die Antwort der deutschen Delegation wurde als unannehmbar erklärt. Eine neue Sitzung hat um 4.30 Uhr stattgefunden, um der deutschen Delegation die Ablehnung der Alliierten zu notifizieren.

Die Berliner 'rote Fahne' bezeichnet alle Meldungen über die Vorgänge in Russland als Lüge. Diese frivole Behauptung...

Ueber die Wahlen der Russischen verläutet, daß sie die roten Armeen zunächst jede Zufuhr von Nahrungsmitteln vorenthalten wollen...

Politische Rundschau. Deutschland. Radau in Stettin.

Die Telegraphenunion meldet: In der Nacht vom Sonntag zum Sonntag drangen einige Leute in den Notationsmaschinen...

Landtagswahlen in Gotha.

Bei der Landtagswahl im Freistaat Gotha erhielten die im Heimatland vereinigten Parteien (Deutschnationale, Deutsche Volkspartei, Bauernbund und Demokraten) 75 058...

Kleine politische Nachrichten.

Das diplomatische Korps in Georgien, darunter der deutsche Geschäftsträger, Herr Kauschel, hat Tiflis verlassen.

Freistaat Lübeck. Dienstag, 8. März.

Wiederaufbau der Handelsflotte.

Ueber den Vertrag zwischen dem Reich und den Schiffreedern, betreffend den Wiederaufbau der Handelsflotte, wird vorläufig von nichtamtlicher Seite folgendes bekannt: Das Reich zahlt den Reedern 11,97 Milliarden Mark...

Vollzug des Reichsverordnungs-Gesetzes. Vor einigen Wochen sind die Ausführungsbestimmungen zum Reichsverordnungs-Gesetz...

Abg. Bogtzherz (U.S.): Die heutige Vorlage ist ganz unzureichend begründet worden. Die Steuerfreiheit für die Reederei-Kapitalisten lehnen wir ab.

Abg. Heile (Dem.): Gewiß ist es nicht gerade ein Beweis von nationalem Tatgefühl, für die Schiffe den Namen zu wählen. Aber es entspricht ebensoviele dem nationalen Tatgefühl...

Abg. A. Loedner (Z.): Wir stehen dem Entwurf wohlwollend gegenüber und können ihm vorbehaltlich näherer Ausführungen zu.

Abg. Dr. Gildemeister (D.M.): Bei der Schilderung der Verhandlungen auf der Vulkan A.-G. in Wegehard hat Herr Bogtzherz verschwiegen, daß eine Abstimmung der gesamten Arbeiterschaft...

Abg. Reich (Komm.): Bis auf wenige Ausnahmen verließen die Mitglieder der Reichsparteien den Saal. Wir lehnen diese Vorlage ab, denn zuletzt soll es doch wieder gegen die Arbeiter gehen...

Abg. Erzelena (Dem.): Der Darstellung der Stettiner Moräne durch den Abg. Bogtzherz muß im Interesse des ganzen Volkes widersprochen werden. Es entstanden bei der Vorkellung von Untermerkttern Streitigkeiten...

Staatssekretär Müller: Der Abg. Bogtzherz hat von einem Milliardenbescheid an die Reeder gesprochen, als er namentlich in der Steuerbefreiung Zuschüsse sah.

Abg. Dittmann (U.S.): Für die Bewilligung von Riesensummen zur freien Verfügung der Reeder können wir nicht stimmen, wenn nicht das geringste für die Arbeitslosen im Schiffbau geschieht.

Abg. Dauch (D. B. P.): Wenn Abg. Bogtzherz meint, die Auslandsdeutschen würden sich wundern, wenn das Schiff mit dem Namen von Hindenburg hinausgehe, so kennt er nicht die Stimmung im Auslande.

Die Vorlage wird sodann an den Hauptauschuh überwiesen.

Es folgt der Ergänzungsetat zum Reichswirtschaftsministerium, der ohne jede Debatte in zweiter Lesung genehmigt wird.

Die Etatberatung wird sodann beim Reichshauptministerium fortgesetzt.

Abg. Raabmann (S.) erstattet den Ausschuhbericht und bepricht den Fall Kahn.

Abg. Bruhn (Dn.): Die Deutschen Werke hatten, ohne die Treuhand-Gesellschaft oder den Ausschuhrat zu befragen, für 47 000 Tonnen Maschinen an Herrn Kahn verkauft...

Abg. Lange-Hagermann (Z.): Die Treuhandgesellschaft arbeitet ebenso wie alle übrigen Kriegsgesellschaften. Reeder verlangt vom Minister Auskunft über einen Vertrag der Firma Lenin mit der Retag...

Abg. Gothein (Dem.): Wir verlangen, daß der Minister volle Klarheit schafft und energisch gegen diejenigen Beamten vorgeht, denen die etwas vorliegt.

Reichshauptminister v. Raumer: Sämtliche Behörden des Reiches, mit Ausnahme der Post- und Verkehrsverwaltung, werden in einer Bauverwaltung von meinem Ministerium verwaltet.

Abg. Ledebour zur Geschäftsordnung: Bei dem enstlichen Teil der Rede Lloyd Georges haben wir festgestellt, daß in der uns übergebenen deutschen Uebersetzung des anachronischen Wortlautes eine ganze Seite der Rede fehlt.

Abg. Enerlina (D. B. P.): Ich habe auch festgestellt, daß Seiten der Uebersetzung fehlen. Es handelt sich dabei aber sicher nur um ein Versehen der Drucker.

Abg. Dr. Heinke: Die durch irgend ein Versehen in der Uebersetzung fehlenden Seiten sind in der Presse veröffentlicht worden. Den Vorwurf einer bewußten Fälschung weise ich mit aller Entschiedenheit zurück.

Abg. Hausmann (Dem.): Wir können dem Abg. Ledebour den Vorwurf nicht erproben, daß er, ohne die Sache genau geprüft zu haben, einen Angriff gegen die eigene Regierung gerichtet hat.

Eine Erwiderung des Abg. Ledebour wird mit lauten Entrüstungsäußerungen der Reichstheil beantwortet.

Abg. Reichert (D.M.): Wir stimmen dem Geleit zu. Die bisher vom Reich zur Wiederherstellung der Flotte gegebenen 2,5 Milliarden Mark waren ein Tropfen auf den heißen Stein.

Abg. A. Loedner (Z.) stimmt dem Antrag auf Ueberweisung an den Hauptauschuh zu.

Dr. Simons schlug nach Ueberreichung seiner Vorschläge vor, falls auf einer sofortigen Regelung bestanden werden sollte, die deutsche Delegation um 8 Tage Frist bitten müsse...

Die Antwort der Entente.

In der Nachmittags-Sitzung der Konferenz erstellte Lloyd George die Antwort der Alliierten. Lloyd George erklärte, daß die Antwort der deutschen Delegation ungenügend sei...

- 1. In einem Äquivalent für die Ausfuhrzölle und in einer Beteiligung an der Besserung des deutschen Wirtschaftslebens. 2. In der Festsetzung über die Art und Weise der Zahlungen.

Die entscheidenden Fragen.

Nach dem neuen Angebot Dr. Simons' stellte Lloyd George folgende Fragen: Ob die Leistungen für die ersten fünf Jahre nach den Pariser Beschlüssen anerkannt würden...

Entgegen den lobenswerten Vorschlägen der Mitglieder der Reichsregierung, keine Interviews zu geben, hat Dr. Simons dann doch noch in London eine ganze Anzahl von Pressevertretern der Entente über seine Stellungnahme unterrichtet.

Deutscher Reichstag.

77. Sitzung.

Berlin, 7. März.

Präsident Lohse teilt mit, daß die am 20. Februar gewählten Mitglieder für Ostpreußen und Schleswig-Holstein eingetretet sind.

Zur ersten Beratung steht der zwischen dem Deutschen Reich und der Reichstreuhandgesellschaft G. m. b. H. in Hamburg unter dem 23. Februar abgeschlossene

Reedereiabfindungsvertrag.

Nach dem Vertrag hat das Reich zur endgültigen Abgeltung aller Rechte, Ansprüche und Anwartschaften, die den Reedern auf Grund des Gesetzes über die Wiederherstellung der deutschen Handelsflotte...

Staatssekretär Müller: Der Vertrag will erstens dem Deutschen Reich die Möglichkeit der Herstellung einer eigenen, allerdings sehr bescheidenen Reederei verschaffen...

Abg. Schumann (SD.): Auch wir sind der Ansicht, daß der Wiederaufbau unserer Handelsflotte durch eine Regelung nach Art dieses Vertrages am besten sichergestellt wird.

Abg. Reichert (D.M.): Wir stimmen dem Geleit zu. Die bisher vom Reich zur Wiederherstellung der Flotte gegebenen 2,5 Milliarden Mark waren ein Tropfen auf den heißen Stein.

Abg. A. Loedner (Z.) stimmt dem Antrag auf Ueberweisung an den Hauptauschuh zu.

Verzorgungsbehörden sind daher angewiesen, ungehäuft mit der Durchführung des Gesetzes, insbesondere mit der neuen Festsetzung der Versorgungsgebühren (Umanerkennung) zu beginnen. Um eine wesentliche Beschleunigung in der Zahlarmachung der Versorgungsstellen für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene die Fortarbeiten übernommen und bereits am 11. Februar begonnen. Auffallenderweise sind aber viele Kriegsbeschädigte der schriftlichen Aufforderung der Hauptfürsorgestelle, in das Geschäftszimmer zu kommen, nicht gefolgt. Es sei darum an dieser Stelle darauf aufmerksam gemacht, daß Kriegsbeschädigte, die durch eigenes Verschulden die Umanerkennung ihrer Renten verzögern, außer mit der Verzögerung auch noch mit anderen Nachteilen zu rechnen haben. Kriegsbeschädigte, die sich in besonders dringender Notlage befinden, können bei der Fürsorgestelle einen Antrag auf vorläufige Anweisung der höheren Versorgungsgebühren stellen. Ihr Antrag wird genehmigt werden, wenn die endgültige Umanerkennung noch wesentlich längere Zeit in Anspruch nehmen wird und tatsächlich dringende Bedürfnisse vorliegen. Voraussetzungen sind, daß die Beschädigten bereits Rente oder Pension nach dem alten Mannschaftsversorgungsgesetz oder dem Offiziers-Pensionsgesetz beziehen. Zur Vermehrung von Ueberzahlungen dürfen die Vorschriften aber nur 2/3 der nach dem Reichsversorgungsgesetz voraussichtlich zu gewährenden Gebühre betragen. Nur bei Beschädigten, die zweifelslos Anspruch auf die volle Rente (Blinde usw.) haben, wird der volle Betrag der zu erwartenden Versorgungsgebühren angewiesen. — Auch die vorläufige Zahlung des Sterbegeldes ist vorgesehen.

Der Oberkirchenrat, der am Sonntag im katholischen Gesellschaftssaal stattfand, war stark besucht. Es galt, noch wichtige Fragen zu besprechen und über manche Punkte bezüglich der Abmilderung Klarheit zu schaffen. Hauptgeschäftlicher Leiter der Verhandlungen und verschiedene Redner hielten Ansprachen. Die Abmilderungsberechtigten fahren in zwei Sonderzügen von hier und zwar die Gruppen 3, 4 und 5 am 12. März mittags 12.55 Uhr von Lübeck und die Gruppen 1 und 2 am 15. März nachmittags 3.24 Uhr. Die Gruppe 3 (gelb) umfaßt die Kreise Neu-Adolph, Rosel, Tost-Gleiwitz, die Gruppe 4 (blau) die Kreise Leobschütz, Ratibor, Rybnik und Wlch und die Gruppe 5 die Kreise Reuthen, Hindenburg, Königsbrunn und Rattowitz. Die Gruppe 1 (weiß) umfaßt die Kreise Namslau, Kreuzburg, Rosenbera, Lublitz und Larnowitz und die Gruppe 2 (rot) die Kreise Oppeln, Gr. Stralsch, Tost-Gleiwitz nördlich der Klodnitz. Die Rückfahrt erfolgt für die am 12. März abgefahrenen am 22. März und für die anderen am 25. März. In den Transportzügen fahren Leiter, Ordner und Schwestern mit. Auf die Papiere ist sorgfältig zu achten und sind sie nur vorzuzeigen, wenn dieses im Beschein der Transportführer verlangt werde. Gewarnt wurde auch vor der Mitnahme von Schleißen und Abzeichen, Spirituosen und Waffen. Man solle sich auch zu keinen Unbesonnenheiten, Streitigkeiten usw. hinreihen lassen.

Oberkirchenrat-Abend der 1. Knaben-Mittelschule. Der von der 1. Knaben-Mittelschule am 22. Februar veranstaltete Abend erzielte einschließlich einer Sammlung an dem vorausgegangenem Elternabend einen Reinertrag von 2541,50 Mk.

Arbeiter-Jugend. Am Mittwoch, 7 1/2 Uhr abends, findet im kleinen Saale des Gewerkschaftshauses der gemeinsame Abend für alle Abteilungen statt. Genosse Schermer spricht über „Humor in den Werken von Hermann Löns“ und wird Proben aus seinen Dichtungen vorzutragen.

Die Arbeitsgemeinschaft zur Behebung der Wohnungsnot hielt am Donnerstag ihre erste Sitzung in den Zentralhallen ab. Nach einleitenden Worten des Herrn Prof. Dr. Schomburg berichtigte dieser über die Zwecke und Ziele obiger Arbeitsgemeinschaft, die in der Hauptsache darin bestehen sollen, den in Frage kommenden Behörden die Richtlinien und Wünsche zu unterbreiten, welche die Kommissionen jeweils ausgearbeitet haben. Es kommt nicht allein darauf an, daß die vom Staate bewilligten Mittel aufgebraucht werden, sondern es ist heute zwingende Notwendigkeit, da die Gelder zur Behebung der Wohnungsnot derartig verwendet werden, um die besten Möglichkeiten der Lösung der Wohnungsnot zu finden. Die Besammlung, in der 20 wissenschaftliche Organisationen resp. Verbände vertreten waren, billigte einstimmig dieses Vorhaben und wurden demzufolge drei Kommissionen erwählt, in denen einzeln die Fragen, Stadterweiterung und Auslegung des Siedlungsgebietes, ferner das Bauen selber und welche Methoden, ob Groß- oder Kleinhaus, sowie Finanzierung und Deckungsfrage erörtert werden sollen. Es ist zu hoffen, daß betr. Arbeitsgemeinschaft, die letzten Endes doch die Gesamtheit der daran interessierenden Kreise vertritt, in dieser ihrer Eigenchaft einflußreich genug sein wird, um eine wirklich praktische Beilegung der herrschenden Wohnungsnot durchzuführen.

Seringensiang in der Lübecker Buchh. In der Zeit vom 1. bis 8. März ds. Js. sind von Travemünde 411 Tonnen frischer Seringe mit der Eisenbahn zur Beförderung gekommen.

Besichtigung des Museums für Völkertunde. Am Sonntag, dem 13. März, veranstaltete der Bezirksbildungsausschuß für die Mitglieder des Sozialdemokratischen Vereins und die Mitglieder der Kuno-Liga eine Besichtigung des kürzlich neu eröffneten Museums für Völkertunde am Dom. Der Direktor und Schöpfer des für unsere Stadt hochwichtigen wissenschaftlichen Instituts, Herr Professor Dr. Karuh, hat sich freundlichst bereit erklärt, selbst die Führer zu übernehmen. Die Parteilosen und Genossinnen werden ersucht, sich recht zahlreich zu beteiligen. Die Führung beginnt Punkt 10 Uhr vormittags vom Eingang des Museums aus. Auch die Mitglieder des Arbeiterbildungsausschusses sollten vollzählig daran teilnehmen. Der Bezirksbildungsausschuß.

Arbeitsausstattung der Badeneinrichtungen in Travemünde. Mit Bericht vom 11. Januar d. J. hat die Behörde für Travemünde unter Überweisung zweier Räume und zweier Kostenanschläge des Wasserbauinspektors Leichter vom 27. November 1920 beantragt, ihr für die Errichtung eines Luft- und Sonnenbades bei der Seebadeanstalt in Travemünde den Betrag von 84 000 Mk. und für die Erweiterung der Primärbadeanstalt die Summe von 83 000 Mk. zur Verfügung zu stellen. Der Senat ist nach den nemachten Darlegungen und im Hinblick darauf, daß nach den getroffenen Feststellungen eine Erhöhung der Betriebskosten mit der geplanten Erweiterung der beiden Anlagen nicht verknüpft sein wird, bereit dem Antrage zu entsprechen und stellt demnach einen entsprechenden Antrag zur Mitentscheidung der Behörde, daß die Gesamtsumme von 141 000 Mk. auf Anleihemittel angewiesen werde.

Schwarzericht. Am Montag begannen die Schwarzerichtsverhandlungen. Wegen Urkundenfälschung waren der Vater B., die Söhne L. M. und N. angeklagt. Sie hatten Bekantnisse durch Verberung der Buchstaben gefälscht. Das Urteil lautete gegen B. auf 1 Monat, gegen L. auf 2 Wochen und gegen M. und N. auf je 4 Monate Gefängnis. — Ebenfalls wegen Urkundenfälschung hatte sich der Handlungsgehilfe G. zu verantworten. Er hatte Formulare zur Erlangung von Militärabfertigung mit dem Namen eines Hauptmannes unterschrieben lassen und war mit diesen Ausweisen dreimal nach Hamburg gefahren. Urteil: 4 Monate Gefängnis.

Fischerkapitän. Der Schlekische-Ostseeische Zentral-Fischerverein veranstaltete am 9. und 10. März im großen Saal des Hauses der Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Tätigkeit einen Vortragskursus, zu dem auch Gäste unentgeltlich Zutritt haben. Es finden folgende Vorträge statt: Mittwoch, 10 Uhr vormittags Geheimrat Prof. Dr. Schlemenz: „Was sollen und können wir tun, um den Ertrag unserer Kapselfische zu steigern.“ Prof. Dr. Dülpenmann: „Aus dem Arbeitsbericht der hydrobiologischen Anstalt in Wismar.“ Fischerkapitän R. Buom: „Verhandlung, Ueberhandlung und Entlandung“, erster Teil. Prof. Dr. Ehrenbaum: „Ueber Alauden.“ Am Donnerstag, 10 Uhr vormittags: Geheimrat Prof. Dr. Schlemenz: „Die fischerliche Ausnutzung unserer Seen.“ Fischerkapitän Buom: „Verhandlung, Ueber-

handlung und Entlandung“, zweiter Teil. Prof. Dr. Steyer: „Die fischerliche Verhältnisse der Trave“ und W. Blohm: „Das Völkertunde an Fischerei, mit besonderer Berücksichtigung der ischablichen Arten.“ Es ist zu hoffen, daß der Vortragskursus auch aus den Kreisen unserer Stadt regen Anteil findet.

Der Verkauf der Eisenbahn-Zeitung ist am Montag durch Herrn Coleman, Heilser des „General-Anzeiger“, erfolgt. Wie wir erfahren, beabsichtigt Herr Coleman die „Eisenbahn-Zeitung“ in ein großes Deutschvolksparteiliches Blatt umzuwandeln.

Ein bödlicher Unglücksfall ereignete sich am Sonabend in der Lindentrage. Eine dort wohnende Witwe war mit ihrem Kleid an ein Licht gekommen, das sofort in hellen Flammen auflebte. Auf die Hilfe der schrecklich Verunglückten, eilten Mitbewohner des Hauses herbei und errieten durch Ueberwerfen von Decken die Flammen. Die Frau wurde, nachdem ein herbeigerufener Arzt durch Morphiuminjektion ihre Qualen gelindert hatte, in das Allgemeine Krankenhaus geschafft, wo sie am Sonntag morgen bereits verstarb.

Die Lübecker Genossenschaftsbücherei im Jahre 1920. Der Bücherbestand betrug am Anfang des Jahres 5573 Bände, ausgegeben sind im Laufe des Jahres 455 Bände, so daß am Jahresabschluss ein Bestand von 5118 Bänden vorhanden war. Defekt sind im Berichtsjahre 2031 ausgegeben, gegen 1913 im Vorjahre. Bücher wurden 27 982 entleihen gegen 29 499 im Vorjahre. Auf die Ueberlieferungen entfallen: Volkswirtschaft und Politik 408, Geschichte und Reichswissenschaft 26, Geographie 790, Philosophie, Religion, Schule, Kunst 168, Naturwissenschaften 688, Gesundheitspflege 174, Erdkunde und Reisebeschreibungen 1528, Nachwissenschaft 294, Unterhaltungsschriften 23 983 Bände. Vom 16. Juli bis 30. September war die Bücherei geschlossen.

Stapelkass. Bei der Kletterwerk wurde ein für die Levante-Linie neu erbauter Seelichter zu Wasser gelassen; zwei weitere liegen noch auf den Selgen.

Ein volkstümliches Konzert findet am Mittwoch abend im Gewerkschaftshaus statt. Die romantische „Freischütz-Operette“ bildet den Auftakt, dann folgen 2 Sätze aus der pathetischen Sinfonie Nr. 6 von Tschaiowski. Diese Sinfonie, die sozulegen das Leid und Ringen der Volksseele charakterisiert, ruft tiefes Gemüthen nach. Das Largo von Händel, „Martha-Operette“, 3 Solisten, Traumbilder-Fantastik und einige Walzer werden den Abend genügend gefüllt.

Stadtheater. Dienstag „Journalisten“; Mittwoch Erkauf-führung von „Waalton“; Donnerstag Gostoff von Carl Walter aus Heilbronn als Letzter und von Gertrude Rehrbach als Ortrud, auf Anstellung in „Lohengrin“. Freitag „Die lustigen Weiber von Windsor“.

b. Moising. Parteiverammlung. In der am Sonabend stattgefundenen Parteiverammlung wurde u. a. mitgeteilt, daß bei der Polizeistation jetzt eine Klingel für die Alarmierung der Feuerwehr angebracht sei. Ferner wurde ein Brief von der Ortskrankenkasse verlesen, in dem mitgeteilt wird, daß der Arzt angewiesen sei, Kranke, die sich durch ihr Buch ausweisen, zunächst ohne Schein zu behandeln. Von mehreren Seiten wurde die Erziehung einer Jahrestelle der Ortskrankenkasse gewünscht. Starke Bemängelungen erfuhr die ungenügende Bekanntmachung der Holzverkäufe. Während im „Gen.-Anz.“ die Anzeige stand, war im „Volksboten“ keine. Man wünschte, daß im „Volksboten“ in solchen Fällen ein kleiner Hinweis im lokalen Teile veröffentlicht würde. Es wurde ferner eine Kommission eingeleitet, die für die Verbesserung des Wege zu den Parzellen bei der Mühle wirken soll. Angenommen wurde ein Antrag, der verlangt, eine öffentliche Versammlung einzuberufen, in der ein Vortrag über die Einkommensteuer gehalten wird. Das den Steuerachtern zugehörige Einkunftsformular ist so unübersichtlich, daß die ordnungsmäßige Ausfüllung unmöglich ist. In Sachen der Post wurde mitgeteilt, auf das Schreiben des Gen. Krefft sei noch keine Antwort eingegangen. Es sollen jetzt in der Angelegenheit weitere Schritte unternommen werden. Aus Gemin wurde berichtet, ein Teil des Kirchenlandes solle jetzt in Kleingärten umgewandelt werden. — Der hiesige Arbeiter-Gesangverein veranstaltet am Sonntag, dem 13. März mit seinem neuen Banner einen Umzug durch den Ort, an welchem auch die Partei teilnimmt. Genosse Meyer forderte alle Genossen auf, sich daran zu beteiligen.

Kronsförde. Der sozialdemokratische Verein hielt am Sonabend abend eine Mitaleberversammlung ab. Genosse Wolfradt-Lübeck hielt einen Vortrag über Gemeindepolitik. In der Aussprache wurde lebhaft kritisiert, daß die neue Gemeindeordnung immer noch nicht zum Gesetz erhoben ist. Man erwartet, daß die Bürgerfraktion alles daran setzt, damit endlich auch auf dem Lande ein anderer Zustand eintritt. Der Vorstand wurde ergänzt und besteht jetzt aus den Genossen Nieh, Borst; Hilbenbecker, Raffner; Grube Schriftführer; Borst und Stolze Kassieren. Die Mitaleberversammlungen sollen künftig jeden zweiten Sonabend im Monat stattfinden.

Angrenzende Gebiete.

s. Cutin. Landesauschuß. 1. Uebernahme des Krankenhauses Cutin. Der Antrag wird einstimmig angenommen. — 2. Wahl einer Kommission für Verwaltung des Krankenhauses. Gewählt wurden v. Levehom, Schmidt, Steenbock. — 3. Die Erhebung eines Zuschlages zur Grunderwerbsteuer (§ 2 Abs. 3 des Landessteuergesetzes) wird in 2. Lesung angenommen. — 4. Bericht des Vorstehenden über die Erhebung der früheren Beschlüsse des Landesauschusses. Der Landesauschuß hat seinerzeit drei Millionen Mark für Nothstandarbeiten bewilligt, das Staatsministerium genehmigte nur 5 Millionen; wenn die Mittel erschöpft sind, muß die Unterhaltung der Erwerbslosen aufhören, wenn nicht neue Mittel bewilligt werden. — 5. Elektrizitätsfragen. Verschiedene Gemeinden haben die Erlattung der von ihnen gewünschten Mehrkosten verlangt. Der Landesvorstand hat einen Vermittlungsvorschlag gemacht, der einstimmig angenommen wird. — Dann folgte eine kurze vertrauliche Sitzung.

Hamburg. Das Milliardebudget des Staates Hamburg. Vor dem Kriege balancierte der Hamburger Staatshaushalt mit rund 200 Millionen Mark in Einnahme und Ausgabe. Heute erreicht der Fehlbetrag im Voranschlag für das Rechnungsjahr 1921 allein die Höhe, die früher das gesamte Budget hatte. Der Entwurf des Staatshaushalts selbst aber, der neben der neu gewählten Bürgerschaft zu ihrer ersten Sitzung als Anheinde überreicht worden ist, weist die fehlerhafte Summe von 1 214 549 754 Mark auf, das sind 567 011 120 Mk. mehr als im Vorjahre. Die Einnahmen sind auf 1 002 804 684 Mk. berechnet. Es ist also ein Defizit von rund 211 Millionen Mark vorhanden. Zu dem vorstehend skizzierten ordentlichen Voranschlag kommt dann noch der außerordentliche, mit 240 911 378 Mark abschließt und damit den des Vorjahres, der nur 57 400 000 Mark betrug, beinahe um das siebenfache übersteigt.

Hamburg. Deutschnationale Gummikuppel-Taktik. In einer von deutschnationalen Handlungsgehilfenverband einberufenen öffentlichen Versammlung sollte Herr Fischer, der Gewerkschaft des Antikemistvereins, über die Kaufmannsgerichtsverfahren reden. Die Versammlung war auf schriftliche Einladung des betreffenden Handlungsgehilfenverbandes und von Zentralverbänden und Mitgliedern des Gewerkschaftsbundes der Angehörten besucht. Als die deutschnationalen Parteigenossen schiedlichen Äußerungen machten, daß sie in der Winderzahl waren, versuchten sie eine Verarmungsflebung, indem sie die rechtliche Erläuterung Zentralverbände aufforderten, die Vorberplätze des Saales zu verlassen und im hinteren Teile des Versammlungssaales Platz zu nehmen. Selbstverständlich weigerten sich die freigeberlichen Angehörten, dieser Aufforderung Folge zu leisten, weshalb die Deutschnationalen ihre zur Versammlung mitgebrachten Gummikuppel und Spazierstöcke dazu

benutzten, um ihren Willen durchzusetzen. Es kam zu blutigen Schlägereien. Unterdessen trat die Sicherheitspolizei ein. Der Saal mußte geräumt werden, da die deutschnationalen Versammlungsleiter nicht die Gewähr für eine ordnungsgemäße Zueinführung der Versammlung leisten konnten. Es sind eine Reihe von Namen deutschnationaler festgesetzt, die von dem Balkon des Versammlungssaales mit Stühlen auf die unten im Saale befindlichen Zentralverbände warfen. So hat die deutschnationale Taktik wiederum den „Sieg“ erfochten.

Hensburg. Die Front der sechs Getreuen. In Hensburg liegt die 8. Halbstottille. Tirpik, der anlässlich des Stapellaufes des Dampfers „Tirpik“ in Hensburg weilte, wollte die Boote sehen. Deshalb gab der Chef der Halbstottille bekannt, wer von der Besatzung Tirpik sehen wolle, solle den sonst üblichen Arbeitsanzug aus- und blau anziehen und auf der Mole angetreten. Als Tirpik erschien, war die Front angetreten — sechs Mann!

Malchin. Schöne Seelen finden sich. In Mecklenburg finden am 13. März die Landtagswahlen statt. Die Kommunisten entfalten eine reiche Wahltagation. Dabei zeigt sich wieder die ganze Konfusion, die in dieser Partei vorherrschend ist. So wird aus Malchin berichtet, daß dort in einer demokratischen Wähler-Versammlung ein kommunistischer Diskussionsredner, Medvedja mit Namen, auftrat und sehr scharf gegen den Friedensvertrag sprach. Er erklärte sich solidarisch mit den Münchener Kommunisten Graf und Thomas und sagte wörtlich: „Ich will mein Leben lang kein Arbeitsklau der Entente sein. Ich kommen nicht darüber hinweg, wir müssen zum Revanchekrieg gegen Frankreich greifen. Obwohl ich schon alt bin und zweimal im Felde war, werde ich nicht davor zurückschrecken, um noch einmal für unser Volk und unser Vaterland zu kämpfen.“ — Der demokratische Redner sagte in seinem Schlusswort, er habe das Empfinden, daß hier kein Kommunismus, sondern ein deutschnationaler gesprochen habe. Seine Partei könne den nationalstischen Rummel nicht mitmachen. Die militaristischen Tendenzen in der kommunistischen Politik sind eine Nachwirkung des Krieges. Die blinde Anbetung der rohen Gewalt, der Glaube an die Macht der Waffen, hat die Kommunisten zu Unbedürfnissen und Reventlams gemacht.

Odenburg. Neue Beschüsse über die Gemeindeordnung. Aus Odenburg wird gemeldet: Innerhalb der Koalitionsparteien fanden Verhandlungen über die Gemeindeordnung statt, deren Ergebnis kurz zusammengefaßt folgendes Bild zeigt: Demokraten und Zentrumstraktion stimmten für den Vorschlag bei den Wahlen der Gemeindevorsteher. Ferner sind die beiden Parteien bereit, der Wahlberechtigung bei einer Wohnsitzdauer in der Gemeinde von 6 Monaten statt bisher von einem Jahre zuzustimmen. Im weiteren folgten die Parteien dem Wunsche der Sozialdemokraten, festzusetzen, daß durch Gemeindestatut der Gemeindevorstand in Landgemeinden kollektiv zusammengesetzt werden kann. Einverstanden waren die Parteien ferner damit, daß bei der Wahl des Bürgermeisters in den Städten 1. Klasse die Persönlichkeit vorfällt, nur einen Mann zu wählen, der beide juristische Examen bestanden hat. Für ein Lohnausfall soll den Gemeindevorsteher eine Entschädigung gewährt werden. — Dagegen sind die Sozialdemokraten bereit, die Amtsdauer der Gemeindevorstände auf acht Jahre wie bisher zu belassen.

Neueste Nachrichten.

Der neue Krieg gegen Deutschland.

II. Düsseldorf, 8. März. Die Stadt ist heute früh 7 Uhr besetzt worden. Französische Truppen fahren mit Maschinengewehren durch die Straßen, während sich die grüne Sicherheitspolizei auf Lastautos zurückzieht. Es heißt, daß auch englische Truppen an der Besatzung beteiligt werden. Um 8 Uhr zogen englische und französische Offiziere vor das Rathaus. Feindliche Flugzeuge kreisen über der Stadt. Die Kasernen wurden gestern abend geräumt.

Duisburg, 7. März. Bis 10 Uhr abends ist ein Einrücken feindlicher Truppen nicht erfolgt.

Krefeld, 8. März. Die hiesigen Zeitungen stehen seit heute vormittag unter Vorzensur.

London, 8. März. Die französischen und belgischen Truppen sind heute in das Besatzungsgebiet einmarschiert.

Berlin, 8. März. Wie die „Post“ sagt, mehret, liegen aber die Zahl der Besatzungstruppen phantastische Zahlen vor. 60 Divisionen sollen marschbereit sein, ein großer Park an Flugzeugen steht bereit.

Paris, 8. März. Der Koblenzer Korrespondent des „Journal“ mehret, daß die französischen Besatzungstruppen am Rhein, die bisher 60 000 Mann stark gewesen seien, auf 85 000 Mann erhöht wurden. Es sind 45 000 Eingeborene und 40 000 Weiße.

Der Kampf um Petersburg. II. Kewal, 8. März. Petersburg wird von Kronstadt aus beschossen. Die schwersten Kanonen werden angewandt. Auch in Kronstadt herrscht Kampf.

Steigende Mark! II. Brüssel, 8. März. Sämtliche belgischen Blätter verbreiteten bereits gestern abend um 6 Uhr Nachrichten aus London unter der Ueberschrift: „Der Bruch“ mit dem Hinzufügen, daß dieser Bruch ein so ungeheures Ereignis sei, daß selbst in diesem Augenblick in den Kreisen der belgischen Geschäftswelt noch niemand wirklich bereit sei, an eine solche Eventualität zu glauben. Trotz zahlreicher Verkäufe stieg die Mark in Brüssel und Antwerpen sogar erheblich. Die Bankrotterklärung der alliierten Politik, die in der Anwendung der Sanktionen zum Ausdruck kommt, wird hier für unmöglich gehalten.

Zufriedenheit in der französischen Kammer. II. Paris, 8. März. Die Nachricht aus London wurde in den Wandelgängen des Senats ungeduldig erwartet. Alle Senatoren hatten sich zu diesem Zwecke eingefunden. Als die Nachricht bekannt wurde, daß die Alliierten in vollem Einvernehmen die Verhandlungen abgebrochen hatten, bemächtigte sich der Senatoren eine große Erregung. Der Abbruch der Verhandlungen wurde jedoch einstimmig begrüßt und Herr Briand wurde allgemein gelobt.

Noch keine Aussicht auf Friedenszustand mit Amerika. II. New York, 8. März. Soeben wird bekannt, daß der Plan Gardings, den Friedenszustand mit Deutschland wieder herzustellen, durch die Krise in der Wiedereröffnung wieder durchkreuzt worden ist. Garding ist der Ansicht, daß die Annahme der Resolution Knof in dem Augenblick, in dem die Alliierten gegen Deutschland mobil machen, um die Annahme der Reparationsforderungen zu erzwingen, als Affront der Alliierten betrachtet werden könnte. Er hat deshalb den Senatoren nahegelegt, zunächst die den Senat vorgelegten Verträge mit dem mittel- und südamerikanischen Staaten zu erledigen und mit der Resolution Knof noch zu warten, weil Deutschland sonst nach der Herstellung normaler Beziehungen an die Vereinigten Staaten appellieren könnte.

Verantwortlich für den politischen und allgemeinen Teil: Hermann Bauer.
Für die Rubrik „Freistaat Lübeck“: August Schulz.
Für Inserate: Heinrich Steinberg.
Verleger: Heinr. Steinberg, Druck: Friedr. Meyer & Co., Sämtlich in Lübeck.

Verpachtung der Badeanstalten Krähenteich und Falkendamm.

Die Badeanstalten Krähenteich und Falkendamm sollen für die diesjährige Betriebszeit verpachtet werden.
 Nachangebote sind bis zum 15. März ds. Js. im Bureau der Finanzbehörde einzureichen. Dasselbe können auch die Bedingungen für die Verpachtung entgegen genommen werden.
 Lübeck, den 2. März 1921.
 Die Finanzbehörde, Abteilung für Häuser und Plätze. (14627)

Verpachtung der Forsthalle.

Die Forsthalle in Fraasdorf soll vom 1. Mai 1921 ab auf die Dauer von 10 Jahren verpachtet werden.
 Nachangebote sind bis zum 18. März d. Js. im Bureau der Finanzbehörde, Fleischhauerstr. 18, Zimmer Nr. 6, einzureichen. Dasselbe können auch die Bedingungen entgegen genommen werden.
 Lübeck, d. 1. März 1921.
 Die Finanzbehörde, Abteil. für Häuser u. Plätze. (14626)

Öffentliche Verdingung.

Die Lieferung von Betonsteinen und Mauerwerk zum Neubau von Kleinwohnungen an der Sauerhofstraße zu Lübeck soll im Wege der öffentlichen Verdingung vergeben werden.
 Angebote sind bis zum am

Dienstag, dem 15. März 1921, mittags 12 Uhr

im Bauamt, Mühlen-
 damm 10, stattfindenden Termin in verschlossenem, mit entsprechender Aufschrift versehenem Umschlag an das Bauamt einzureichen. Lieferungsbedingungen u. Bedingungen liegen im Bauamt zur Einsicht aus, auch können sie gegen Erstattung der Schreibgebühren von dort bezogen werden. Zuschlagsfrist 2 Wochen.
 Lübeck, den 7. März 1921.
 Das Bauamt.
 Abteilung Hochbau.

Möglich und unerwartet starb am Sonnabend, dem 5. März, abends gegen 10 Uhr, durch Unglücksfall auf See unser lieber Sohn und Bruder (14635)

Heini

in seinem eben vollendeten 20. Lebensjahr.
 Dies zeigen an in tiefer Trauer
 Heinrich Braasch u. Frau Marie, geb. Carstens
 seine Brüder Karl, Otto und Schwester Marlene, sowie alle Verwandte und Bekannte.
 Travemünde, den 6. März 1921
 Loritzstraße 34.
 Die Beerdigung wird noch bekannt gegeben, wenn die Leiche gefunden ist.

Sonntag mittags 12 1/2 Uhr entschließt sanft nach langem schweren, mit großer Geduld getragenen Leiden unsere einzige geliebte gute Tochter

Helene im 16. Lebensjahre.
 Tief betrauert und schwerlich vermählt von ihren Eltern, Bruder, Großmutter und allen Verwandten.
 Karl Burmeister u. Frau geb. Eickhof.
 Bei St. Johannis 22.
 Beerdigung Donnerstags, den 10. März, nach 4 Uhr von der Kapelle des Vorwerker Friedhofes. (14633)

Nach langer schwerer Krankheit entschließt gestern mittags unsere liebe Tochter und Schwester

Gertrud

im 20. Lebensjahre.
 In tiefer Trauer
 Ferdinand Jannsen u. Familie.
 Lübeck, 7. März 1921.
 Hamburger Str.
 Beerdigung am Freitag 1 Uhr 45 von der Kapelle des Vorwerker Friedhofes aus. (14639)

Gel. a. sof. (14655)
 ein ordentliches Tagesmädchen
 Untertrave 58.

Zum 1. April (14628)
 Tages- od. Morgenmädch.
 Holstenstraße 34.

Zu verk. 3 R.-Harmonika u. Veritas. (14632)
 Wakenhauer 7a, Hpt. II 1.

Schw. Kostümd. f. Rfd. a. v. f. (14631)
 Mittelfstraße 2.

Klappsporthwagen m. Verdeck zu verk. (14656)
 Schüsselbuden 18 III, r.

Neue br. Damenst., Gr. 39, nach Maß gearbeitet. (14657)
 Dankwartstr. 4 I, L.

N. Schm. D.-Jackett auf Seide, Gr. 46, Paar D.-Stief. m. Lac. Gr. 40, 2 P. Halbsh., Gr. 40 b. zu verk. (14645)
 Dürgr. 72.

Zu vt. am Mittwochabend 6 1/2 Uhr Junggänger auf Schiffsgebot von der Gilde. (14640)
 Vorbeckstraße 1.

Drei Sat primafertel und kleine Junggänger billig zu verkaufen. (14647)
 P. Süwe, Schönbockstr. 18.

Zu kaufen gef. Klappsporthw. m. Verdeck u. Fahrrad o. G. Ang. m. Br. u. K Van d. Grp. (14640)

Zu L. gel. bl. Konf.-Anz., H. Fig. Ang. m. Br. ant. L S a. d. Typ. d. Bl. (14646)

Zentralverband der Maschinisten u. Heizer.
 Zahlstelle Lübeck.

Folgende Gewinne wurden bei der Verlosung gezogen:

4	6	69	80	82
89	90	124	133	140
144	183	193	205	207
217	222	225	232	238
249	263	264	277	442
462	470	477	509	512
522	603	754	762	763
772	785	802	816	834
877	887	899	925	980
962	966	967	973	975
1003	1029	1143	1201	1322
1340	1376	1383	1438	1442
1464	1472			

Abholung der Gewinne vom 9. 3. bis 5. 4. bei Biffert, Ludwigstr. 6 von 7-9 Uhr abends.
 14654 Der Vorstand.

Metallbetten.
 Stahlrohrmatratz., Kinderbett, Polst. u. Federn, Kai. fr. Eisenmöbl.-Fabr. Suhl I. Th.

Möbel
 Polsterwaren, Spiegel
 Herren-Anzüge
 auch gegen (14653)
 Teilzahlung.
 Kasten, Holstenstr. 17.

Obstbäume
 1. u. 2. Qualität, à Stück 10-30 Mk., empfiehlt
 Niemann, (14648)
 Friedhofs-Allee 59.

Weißes Schmalz 10,50
 Amerikan. Speck 10,-
 Dänisch Suda-Käse 10,-
 Bosn. Präumen 4,60
 Rosinen 3,50
 Bruchreis 2,50
 Vollreis 3,-
 100 Gr. Familie-Schokolade Tafel 4,50
 K. Grube, Rensefeld,
 Lindenstr. 4. (14650)

Geschäfts-Eröffnung.

Dem geehrten Publikum von Lübeck und Umgegend die ergebene Mitteilung, dass ich die von der Firma E. M. C. Beschenbossel betriebene Schuhwaren-Reparatur

50 Huxstraße 50

käuflich übernommen habe mit gleichzeitiger Angliederung einer Stepperei, Massanfertigung, Lederausschnitt und Bedarfsartikelhandlung unter der Benennung

Schuhwaren-Reparatur und Stepperei „Reform“

mit elektrischem Betrieb.

Es ist nicht nur mein Bestreben, das Geschäft auf der Basis meines Vorgängers zu erhalten, sondern ich will es weiter entwickeln und werde die sauberste Arbeit liefern, bestes Material verwenden und durch prompte Bedienung meine Kunden in jeder Weise zufriedenstellen. Ich bin durch meine langjährige Tätigkeit in der Branche, sowie durch meine Verbindungen und günstigen Einkäufe imstande, alles bisher Gebotene zu übertreffen. Ich bitte daher um geneigten Zuspruch. Ein Versuch wird meine Angaben bestätigen.

Robert Jentzen

50 Huxstr. 50. (14639)

Für Geburtstags- und Verlobungsgeschenke

eignen sich unsere in den verschiedensten Preislagen vorrätigen Briefkastetten, Briefmappen, Damenschreibmappen, Blumen-Briefkarten mit Umschlägen, Notizbüchlein in Battpapier-Umschlag, Visitenkarten und die reichhaltige Unterhaltungsliteratur.

Beachten Sie unsere Schaufenster!

Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.

Lübecker Volksbote
 Johannisstraße 46.

Achtung!
 Sozialdemokrat. Verein Stockelsdorf. (14632)

Die Mitgliederversammlung findet am Dienstag, d. 8. März, abends 7 1/2 Uhr, statt.

Geschäfts-Verlegung.
 Johs. Probst, Uhrmacher jetzt Sandstr. 98. (14653)
 Reparaturen schnell und billig. Als Gelegenheitskauf gebe einige Herren- u. Damenuhren billig ab, bezgl. 1 Freischwing., alter Gold u. Silber, auch alte Uhren nehme in Zahlung.

Anzeigen

für hiesige und auswärtige Zeitungen und Zeitschriften vermittelt zu Originalpreisen

Die Geschäftsstelle des „Lübecker Volksboten“
 Johannisstraße 46.

In einer Stunde fertigen wir Sie unter Garantie Kopf-, Filz- und Kleider- u. Hut, Waschen, Fische bei Menschen u. Tier. „Goida“, g. gesch. M. Wund. unschädl. Verkauf nur Friseur (14636)
 H. Wiese, Regentstr. 4. Postverfand.

Lübecker Weinhaus
 Otto Volke
 Fleischwaren
 (14637)
 Weine
 Liköre
 Spirituosen

Bitte, sofort bestellen!
Der Wahre Jacob
 Einzige, farbige gedruckte humoristische, satirische Zeitschrift der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.
 Erscheint alle vierzehn Tage
 Preis der Nummer 60 Pf.
 Bestellungen werden entgegen genommen von der Expedition dieses Blattes und von sämtlichen Anzeigen

Rechnungs-Formulare
 fertigt prompt an
 Friedr. Meyer & Co., Johannisstr. 46.



Gerade

weil die Schuhe so teuer sind, ist zur Pflege das Beste gut genug, deshalb spare durch

Erdal

Orchester des Vereins der Musikfreunde

Mittwoch, dem 9. März, 7 1/2 Uhr
 im Gewerkschaftshaus:
Groß. vollstimmiges Konzert

mit den Solisten
 Herren Julius Gerber, Klarinette,
 Johannes Lorenz, Violine,
 Emil Corbach, Cello.

Vorverkauf bei Basson, Beddergrube 49, und Gewerkschaftshaus. Eintritt 3.-

Zu diesem Konzert sollte jeder kommen, der irgend eine Zeit hat! Es ist das abwechslungsreichste u. schönste des ganzen Winters. (14638)

Friedrichshof.
 12. März: Gr. Volksmaskerade

Luisenlust
 Morgen: Tanz-Kränzchen
 (14651) Damen Eintritt frei.

Sozialdemokratische Frauen.

Donnerstag, 10. März abends 8 Uhr:

Bersammlung
 im Gewerkschaftshaus.

Tagesordnung:
 1. Kulturaufgaben des Sozialismus. Redner: Parteileit. Gen. Weiss.
 2. Aussprache.
 3. Verschiedenes.
 Zahlreiches Erscheinen erwartet
 (14641) Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Verein Lübeck.

Ortsgruppe schlüssig.

Bersammlung

am 10. März 1921
 im Lokale „Zur Linde“
 A. Saborowski.

Tagesordnung:
 1. Aufnahme.
 2. Jännere Vereinsangelegenheiten (Maifester).
 3. Verschiedenes.
 Um zahlreichen Besuch bittet
 (14632) Der Vorstand.

Felle

aller Arten, sowie Pferde- und Kuhschweißhaare, kauft zu höchsten Tagespreisen
Jul. Wagner
 Fern. 3414, Holstenstr. 8. (14644)

Lebensmittel billig:

Va. w. Schmalz 10,50
 Zif. Käse halbf. 10,00
 Bosn. Präumen 4,60
 Kaffee o. Stein 1/2 3,50
 la. Vollreis 3,00
 Bruchreis 2,30
 Aug. Weiß, Untertrave 58, (14661)

Platte Volks- to Lübeck

Donnerstag, 10. März
 Klost. 1/28, (14638)
 in't Kolosseum

4. Kloeabend
 Vortrag, Leberbörden, Uppföhrungen, Speeldeck, un Dautzant un finkt noch allerlei.
 14642

Fledermaus
 8.30 Uhr
 Original
 Allhoff Quartett.

Hansa-Theater

Heute und morgen:
 (Abonn. Serie II)
Hollandweibchen.

Donnerstag 7 1/2:
 Zum 25. Male
 Fräulein Puck.

Sonnabend: (14630)
 Wegener-Gastspiel.

Stadttheater Lübeck.

Dienstag: Schit. D. u. 14
 Vorkell. i. Schau. Abonn.
 Journalisten. 7,50.

Wittwoch: Buchst. A. u. 18
 Vorkell. i. Schau. Abonn.
 Pygmalion. 7,50.

Donnerstag: Schit. A. u. 15
 Vorkell. i. Opern-Abonn.
 Schengrin. 7 Uhr.

Freitag: Schit. B. u. 16
 Vorkell. i. Opern-Abonn.
 Die lustigen Weiber von Windsor. 7,50. (14644)
Stammerspiele.
 Donnerstag und Freitag
 „Am Teetisch“ 7,50 Uhr.

Die Lohnsteuer.

Von Wilhelm Keil.

Im Zusammenhang mit der dem Reichstag seit Ende Dezember vorliegenden Novelle zum Einkommensteuergesetz, die nun endlich verabschiedet werden soll, wird voraussichtlich auch die Entscheidung über die Umwandlung des Steuerabzuges in eine förmliche Lohnsteuer getroffen werden. Der schon vor einigen Wochen von der Reichsfinanzverwaltung entwickelte Plan, die Besteuerung der Lohn- und Gehaltseinkommen zu vereinfachen, ist jetzt von den Regierungsparteien zu einem dem Steuerantrag des Reichstages vorgelegten Antrag ausgearbeitet worden.

Nach dem geltenden Rechte unterliegt das Lohn- und Gehaltseinkommen genau wie jedes andere Einkommen der Veranlagung. Der Arbeiter und der Beamte muß, wie jeder andere Steuerpflichtige, am Schluß des Steuerjahres eine Erklärung über die Höhe seines Einkommens und der gesetzlich zulässigen Abzüge abgeben. Die Steuerbehörde prüft diese Erklärung nach, vergleicht sie mit der vom Arbeitgeber eingehenden Lohn- oder Gehaltsliste, berechnet die Steuer nach dem Tarif, der für die ersten tausend Mark steuerpflichtigen Einkommens 10 Prozent, für jede weitere 1000 Mark 1 Prozent mehr (mit verlangsamter Steigerung von 15 000 Mk. an) vorsteht, und stellt dem Steuerpflichtigen den Steueranforderungszettel zu. Der steuerpflichtige Arbeiter oder Beamte läßt sich, wenn er die Steuer zahlt, auf Grund der gefestigten Steuermarken oder der vom Arbeitgeber ausgestellten Quittung, die bereits abgezogenen Beiträge anrechnen. Sind diese Beträge höher als die Steuerhuld, so hat er Anspruch auf Zurückzahlung der zuviel abgezogenen Summe, sind sie niedriger, so muß er den Fehlbetrag nachzahlen.

So steht's im Einkommensteuergesetz. Praktisch erprobt und freilich diese Bestimmungen noch nicht. Man ist sich aber klar darüber, daß jeder Versuch, sie wirklich durchzuführen, scheitern würde an der Unmöglichkeit, den erheblichen Fehlbetrag, der sich bei der großen Mehrzahl der Arbeiter und Beamten ergeben würde, einzutreiben. Waren die Steuersätze für die kleinen Einkommen schon zur Zeit der Beratung des Gesetzes übermäßig hoch, so sind sie durch die inzwischen eingetretene weitere Aufschwüfung der Lohn- und Gehaltsbezüge (mit geringerer Kaufkraft) völlig unerträglich geworden, und die Masse der Lohn- und Gehaltsempfänger ist völlig außerstande, größere Restbeträge nachzahlen.

Einmal aus diesem Grunde, zum anderen auch um die Steuerbehörden von einem großen Teil des Veranlagungsgeschäfts zu befreien, soll nun die Besteuerung der Lohn- und Gehaltseinkommen so gestaltet werden, daß bis zur Einkommensgrenze von 24 000 Mk. die ganze Steuerpflicht durch den Abzug als gedeckt gilt. Der Steuerfuß soll für alle Einkommen bis 24 000 Mk. gleichmäßig 10 Prozent betragen, die progressive Steigerung soll erst von diesem Einkommen an aufwärts in großen Stufen stark ansteigen, um bei Einkommen von 100 000 Mk. an nahezu wieder dieselbe Wirkung zu erreichen wie bei Tarif des geltenden Gesetzes.

An die Stelle des sogenannten steuerfreien Einkommens von 1500 Mk. für den Steuerpflichtigen selbst und 500 Mark für jeden Haushaltsangehörigen soll ein Abzug von 120 Mk. an der Steuer für den Steuerpflichtigen und jeden Haushaltsangehörigen treten. Die Erfüllung der Steuerpflicht soll geschehen durch den 10prozentigen Abzug an Lohn oder Gehalt. Dabei sollen, im Falle der Berechnung des Arbeitslohnes nach Tagen je 4 Mark täglich, im Falle der Berechnung nach Wochen je 24 Mark wöchentlich, im Falle der Berechnung nach Monaten je 100 Mk. monatlich für den Steuerpflichtigen und jede zu seiner Haushaltung zählende nicht selbst steuerpflichtige Person vom Abzug frei bleiben. Das entspricht dem Abzug von 126 Mk. pro Kopf an der Steuer. Jede Veranlagung der Lohn- und Gehaltseinkommen von weniger als 24 000 Mk. soll unterbleiben.

wenn der Steuerpflichtige nicht zugleich Einkommen aus anderen Quellen in nennenswerter Höhe hat. Die Steuerbehörde wird entlastet von dieser großen Arbeit. Nachforderungen an die Lohn- und Gehaltsempfänger sind ausgeschlossen.

Gegenstandslos würde auch die Besteuerung des steuerfreien Einkommens, die den Gemeinden überlassen ist. Die hierfür bereits getroffenen landesgesetzlichen Vorschriften und geschehen Gemeindecapitel wären wieder aufzuheben, den Gemeinden aber müßte ein Ersatz für die ihnen entgehende Einnahme vom Reiche gewährt werden.

Die Wirkung des neuen Vorschlages ergibt sich aus der folgenden Gegenüberstellung der Steuerlast nach dem geltenden Gesetz und dem neuen Vorschlag:

Steuerebares Einkommen	Zunahme		Vorteil	
	Geleg.	Wort.	Geleg.	Wort.
10000 Mk.	1170 Mk.	1850 Mk.	735 Mk.	400 Mk.
15000 "	2195 "	1850 "	1755 "	900 "
20000 "	3410 "	1850 "	2935 "	1400 "
25000 "	4815 "	2490 "	4250 "	2000 "
30000 "	6300 "	3330 "	5970 "	2800 "
40000 "	93625 "	52480 "	82725 "	42000 "

Die Entlastung, die hierdurch für die kleineren Einkommen eintritt, kann uns nicht genügen. Merkwürdigerweise sind bei den Vorschlägen der Regierungsparteien die nach dem geltenden Gesetz zulässigen Abzüge für Versicherungsbeiträge, Gewerkschaftsbeiträge, Kosten der Fahrt zur Arbeitsstätte usw. völlig verschwunden. So beim Wegfall einer persönlichen Veranlagung die Höhe dieser Abzüge beim einzelnen Steuerpflichtigen nicht festgestellt werden kann, muß ein gleichmäßiger Abzug als Ersatz dafür gewährt werden, der nicht kleiner als 1000 Mk. gleich 100 Mk. Steuerbetrag sein darf. Außerdem muß ein größerer Abzug als 120 Mk. für die Haushaltsangehörigen gewährt werden.

Kommt die neue Regelung zustande, so wird sie mit Wirkung für das Jahr 1920 in Kraft treten. Das bedeutet, daß die nur im 2. Teile des Jahres 1920 gemachten Abzüge die Steuerhuld im großen und ganzen decken, zum Teil sogar Überschüsse ergeben, die auf das Jahr 1921 anzurechnen wären. Soweit Fehlbeträge bleiben, müßten sie niedergezogen werden.

An das republikanische Deutschland!

Der folgende Aufruf des neugegründeten „Republikanischen Reichsbundes“ geht uns zu. Mehr als zwei Jahre sind seit dem Tode verstrichen, die den militärischen und politischen Zusammenbruch Deutschlands und den Einsturz der monarchischen Staatsform brachten. Die Republik wurde zum einzigen Ausweg aus dem Chaos.

Das Werk von Weimar ist in dem ausgesprochenen Mehrheitswillen des deutschen Volkes gesichert. Aber die Republik hat noch um ihre geistige Verankerung zu kämpfen. Allen denen die heute im Kampfe gegen die Republik stehen, muß die geschlossene Front aller Republikaner gegenübergestellt werden. Denn ein Sturz der demokratischen Republik brächte dem deutschen Volke nicht die verheißene Rettung sondern völligen Untergang. Die unausbleibliche Folge wäre Bürgerkrieg bis aufs Messer im Innern und neuer Krieg, Zerkümmern des Reiches und völlige wirtschaftliche Entrossenheit von Seiten der Entente.

Diesem Unheil ist zu wehren, solange es noch Zeit ist. Nur auf republikanischer Grundlage kann der Wiederaufbau des deutschen Volkes mit Aussicht auf Erfolg betrieben werden. Und wie die Erringung von Frieden und Wohlfahrt im Innern, so ist auch die Wiedererlangung einer gesicherten Stellung im Rate der modernen Völker nur auf demokratisch-republikanischer Grundlage möglich. Diese Erkenntnis muß Gemeingut werden aller fortschrittlich gesinnten deutschen Volksgenossen.

Dazu ist eine durchgreifende Aufklärungs- und Erziehungsarbeit erforderlich. Diese Arbeit aber kann nur geleistet werden durch eine organisatorische Zusammenfassung aller auf dem Boden der Republik stehenden Persönlichkeiten und Verbände. Nicht um Gründung einer neuen Partei handelt es sich, sondern um die Schaffung eines Bundes, der eine notwendige Ergänzungsarbeit für alle republikanischen Parteien leistet, eines Bundes, der, außerhalb der partei- und wirtschaftspolitischen Arena stehend, sich zur Aufgabe stellt:

1. Pflege der idealen Grundlagen und Werte republikanischer Staatsregierung und Förderung einer entsprechenden Kultur des persönlichen und gesellschaftlichen Lebens. Erziehung des deutschen Volkes zu einem politischen Ehr- und Persönlichkeitsgefühl, das den Angehörigen des alten Obrigkeitsstaates den Stolz des Republikaners entgegensetzt.

2. In diesem Sinne rufen wir alle ehrlich zur Republik stehenden Männer und Frauen der verschiedensten Berufskände in Stadt und Land zur Mitarbeit auf. Scharf auch um das Schwärzgoldene Banner der begehrtesten Vorkämpfer der nationalen Einheits- und Freiheitsbewegung von 1815 bis 1848! Der Republikanische Reichsbund soll alle vereinen, die unser Volk vor neuem blutigen Unheil bewahren wollen und bereit sind, an der Sicherung seines geistigen, sozialen und politischen Aufstiegs mitzuarbeiten. Seine heiligste Aufgabe wird sein, die Herzen unseres Volkes in trübster Zeit aufzurichten und zu erfüllen mit der festen Zuversicht auf die Verwirklichung des hohen Ideals, von dem der republikanische Sängerk Hoffmann von Fallersleben sang:

Einigkeit und Recht und Freiheit
Sind des Glückes Unterpfand.
Blüh' im Glanze dieses Glückes,
Blühe, deutsches Vaterland!

Der Aufruf enthält eine lange Liste hervorragender Persönlichkeiten, die sich für diese hohe Aufgabe einsetzen. Der Arbeitsausschuss besteht aus: Freiherr v. Brandenstein, Thüring. Staatsminister, Dr. Eduard David, M. d. R., Reichsminister a. D., Maxter a. D. Ernst Klein, Frankfurt a. M., Prof. Dr. Hugo Preuss, M. d. L., Reichsminister a. D., Redakteur Karl Wetzer, Berlin. — Geschäftsstelle des Bundes: Weimar, Schwansestr. 4. Bankstelle: Bank für Thüringen (vorm. B. M. Strupp N.-G.), Filiale Weimar.

Das Vereinsrecht der Soldaten.

Der Wehrausschuss des Reichstages gab dem § 35 entsprechend den Anträgen verschiedener Parteien folgende Fassung:

„Nichtpolitischen Vereinen dürfen die Soldaten angehören, sofern nicht die Zugehörigkeit zu einem solchen Verein aus Gründen der militärischen Zucht und Ordnung verboten wird. Solche Verbote dürfen nur vom Wehrkreiskommando (Stationskommando) erlassen werden. Das Verbot ist schriftlich zu begründen und mit der Begründung dem Vorstand des Vereins zuzustellen. — Gegen das Verbot ist Beschwerde an den Reichswehrminister zulässig. — Der Reichswehrminister kann bestimmen, daß Verbote nur unmittelbar durch ihn erlassen werden können.“

Der zweite Abzug des § 35 wurde nach einem fast von allen Parteien unterstützten Antrag Dr. Dehrlitz (Dijon.) wie folgt gefaßt:

„Die Soldaten eines Standortes, eines Truppenteils oder der Besatzung eines Schiffes oder Schiffverbandes dürfen sich untereinander versammeln und vereinen. Zeit und Ort der Versammlung und die Gründung einer Vereinigung sind dem zuständigen Vorgesetzten rechtzeitig zu melden, sofern sie mit dem Dienstbetrieb oder der militärischen Zucht und Ordnung unvereinbar sind. Versammlungen und Vereinigungen, die ausschließlich wissenschaftlichen, sportlichen, Wohlfahrts- oder Unterhaltungszwecken dienen und die militärische Ordnung nicht gefährden, dürfen nicht verboten werden. Gegen Verbote der Vorgesetzten ist die Beschwerde im Dienstwege zulässig.“

Der Rest des Gesetzes wurde darauf in erster Lesung beendet.

Franz und Heinz.

Geschichte zweier Wiener Kinder von Leopold Kompert.

28. Fortsetzung.

„Sag den Spruch, Franz!“, rief Heinz, „sonst verschwindet der Zauber.“

Franz wiederholte: „Lüchlein des die!“

Als bald hatte Heinz aus der Tiefe einer Seitentasche eine Flasche hervor, die mit einer rotglänzenden Flüssigkeit gefüllt war.

„Wein?“ rief das Mädchen, und seine Augen leuchteten.

„Ich hab' drin gedacht, du wirst Durst haben!“, sagte der Knabe; „wir haben aber kein Glas!“

„Gehört das nicht auch zum ‚Lüchlein des die‘?“ fragte Franz fast übermütig.

Statt aller Antwort von Heinz aus einer anderen Seitentasche seines Gewandes das Verlangte hervor.

„Und jetzt trink, Franzchen!“ sagte er, das Glas mit dem roten Weine füllend, „und sei lustig!“

„Ja, Heinz! Ich hab' Lust!“ sagte sie, das volle Glas in einem Zuge leidend. „Und du?“

„Ich hab' keinen Durst!“, sagte er und füllte aus neue das Glas. „Doch mehrmaligen Drängens verweigerte er, ihr Bescheid zu tun. Da trank sie auch das zweite Glas bis auf die Reize aus.“

„Und jetzt ist's gut!“ rief sie, „jetzt ist alles wieder gut! Kommt Zeit, kommt Rat, sagte die alte Nindennutter, als ihr jüngstes Kind gar zu ungebührlich zeigte und früher gefürchtet sein wollte als seine Brüder und Schwestern. . . Erst habe ich Durst gehabt, und jetzt bin ich so schlaftrig. Und dabei bin ich auch so müde, Heinz. Was ist das?“

Raum möchte sie mehr wissen, was sie sprach und tat. Sie lehnte den Kopf an den Horn, nachdem sie zuvor ihr Kleidchen zurechtgerückt hatte, so daß es selbst dem schlaftrigen Auge nicht gefangen wäre, eine unschätzbare Falle zu entdecken. Für Hülfsdien lag neben ihr und ebenso ihr Sonnenschein und das leichte Sommerlicht. Es war alles so, wie es in einem längst nicht mehr gelehrten Kinderbuche zu lesen war: das verzauberte Prinzchen . . . welches schlief.

Da warf sich Heinz auch ins hohe Gras hin, unfern von Franz's Lagerstatt. Er war ihr so nahe, daß ihn ihre Atemzüge berührten. War es der Schlaf oder der genossene Wein oder die heilende Hitze — Franz's Wangen nahmen immer höhere und leuchtendere Farben an. Sie schliefen ordentlich von innerer Gesundheit und Fröhlichkeit, wie er sie niemals und gerade so an ihr gekannt hatte.

Er schaute tief auf.

Hat ihn Franz gehört? Hat ihn irgend jemand gehört?

Nein, nein? Das Kind schlief. . . und er glaubt ja nicht, wie seine Kameradin, an die Hilfe der Heiligen! . . .

Wie er so unverwandten Auges nach ihr hinsah, war mit einem Male eine große Unruhe über ihn gekommen. Er war aufgesprungen, sein Gesicht glühte, als hätte er selbst von dem roten Wein gekostet. Dann beugte er sich über das schlummernde Kind . . . nahe, ganz nahe; seine Hände zitterten dabei, als wäre er im Fieber. Und davon erwachte das Kind nicht; auch nicht von seinem sengenden Atem. . .

Dann aber entfernte er sich, als hätten ihn Stimmen, die aus weiter Ferne löhten, aufgeschreckt, eilicht gegen die Gestrüppe zu, die etwa fünfzig Schritte weiter vom Hornbaume standen.

Und doch war es ringsum mütterleer und so still, daß er die Schritte seines Blutes hätte belauschen können.

Nach einer längeren Weile kehrte er wieder aus dem Gestrüpp zurück, langsamen, zögernden Schrittes. Vielleicht hätte ihn jetzt Franz selbst nicht erkannt. Er wäre ihr vorgekommen, als sei er von langem Siedtum aufgestanden, müde, matt und gebrühen.

Er setzte sich wieder zu Franz's Füßen, diesmal aber, ohne sie anzublicken. Seinen Kopf hatte er tief gesenkt. Darüber mochten ihm die Augen zufallen sein. Er schlief.

Stunden waren so vergangen. Ueber dem „Hermannsloogel“ flammete bereits der zur Ruhe gehende Sonnenball. In den Auen zeigten sich breite Schatten, der Abend war dort eingezogen, und die beiden schliefen noch immer.

So stille war es in diesen menschenleeren Auen, daß die Kinder das Schrauben eines Rosses nicht hörten, das in ihrer Nähe stand. Erst ein rauherer Zuruf bewirkte, daß Heinz die schlaftrunkenen Augen aufriß.

Auf dem Hofe sah der Mann, den sie vor einiger Zeit vorüberreiten gesehen. Auf seinem Hute wogte sich der grüne Federbusch, und an seiner Seite glänzte in blauer Scheide ein Säbel. Auch gelbe Rangabzeichen waren an seinem Rocke zu sehen. . .

„Sind Sie Heinrich Wegener?“

„Ja!“

„Bürgerschule am Neubau?“

„Ja!“

„Hundert Jahre alt?“

„Ja!“

„So folgen Sie mir, Heinrich Wegener! Ich verkaufe Sie im Namen des Gesetzes.“

„Im Namen des Gesetzes!“

Davon erwachte Franz. Sie sah den Mann auf dem Rosse, sah seine Rangabzeichen und den grünen Federbusch, aber ihre Sinne waren wie traumbevangen, wie traumverloren. . .

Da er trat die Wirklichkeit in ihr volles Recht. Ein Entschensruf gestie durch die weiten Auen.

„Heinz, Heinz! . . . Heiß du . . . die Augen des Riesen!“

Dann war wieder alles still.

Ein Kind war unter dem Hornbaume zurückgeblieben. Das weinte bis in die sinkende Nacht hinein, unaufhaltsam, bitterlich. . .

Dann entfernte es sich gegen die Stadt zu.

6. Aus dem Wochenbuche des „Provisorischen“.

1. Juli.

Seit dem Begräbnistage der kleinen Blüthenstern war es heute das erste Mal, daß Franziska wieder in der Schule erschien. Ohne ihr Ausbleiben mit einem Worte zu entschuldigen, ging sie in ihre Bank, wo sie während der ganzen Schulzeit still, aber, wie es mich bedünken wollte, auch verdrossen lag. Um den Grad ihrer Aufmerksamkeit zu prüfen, richtete ich einmal eine Frage an sie. Zu meinem Erstaunen lautete ihre Antwort ebenso richtig als klar und bestimmt. Aber als ich kurze Zeit darauf eine neue Frage an sie richtete, klang alles, was sie vorbrachte, so verworren und widersprechend, daß man ihr wohl anhörte, sie wisse eigentlich gar nicht, wer und was man zu ihr spreche.

Dabei bemerkte ich sehr gut, daß sie sich mit der Hand öfters über die Stirn fuhr, wie um sich zu vergewissern, daß sie in der Schule sei.

Ich sah auch, wie sie, während ich sie ausfragte, häufig mit dem schwarzen Schürchen spielte, woran das goldene Medaillon hing. . . . Wollte sie mir bewellen, daß sie noch immer das funkelnde Geschmeide besaß? . . .

Das Mädchen wird mir immer rätselhafter.

3. Juli.

Die deutschen Kaiser hielten, wie die Geschichtsbücher melden, große Stücke darauf, in ihrer Titulatur sich „Kaiser des Reiches“ nennen zu dürfen.

Das war ein schöner und stolzer Titel, wiewohl ihm, namentlich später, nur wenige tatsächlich entsprachen.

Was hier von äußerer Machtposition gilt, das sollte meines Bedünkens von jedem gelten, dem es verdammt ist, auf irgend einem Gebiete, und nehme es in der Entwicklung seines Volkes nur eine, meine Duhrausstellung ein, eine Mehrung und Erweiterung angebahnt oder gefördert zu haben.

(Fortsetzung folgt)

Absperrung Oberschlesiens.

Auf Anordnung der interalliierten Kommission wird die oberschlesische Grenze ab Mittwoch, 9. März, acht Uhr morgens, gesperrt. Schiffer erhalten weiter Bismarck, ebenso gelten die Ausweise für die Eisenbahnen. Bei Todesfällen und schweren Erkrankungen in der Familie ist der Chef des interalliierten Postbureaus in Oppeln ermächtigt, die Einreiseerlaubnis zu erteilen. Es empfiehlt sich, die Einreiseerlaubnis telegraphisch zu beantragen. Bismarck wird von dem für den Wohnort des Gesuchstellers zuständigen französischen Konsulat erteilt.

Das Lob des Bauern.

Auf der Tagung des Reichslandbundes hat der Landwirt Gauger aus Beelitz das Lob der Kleinen, der Bauern gesungen. Wir flüchten aus seinem Referat die folgenden mit stürmischem Beifall aufgenommenen Sätze:

„Ein ganz erheblicher Stein auf unserem Wege, auf dem Wege auf dem wir die Vorkämpfer unablässig vorwärtsstreben ist der Egoismus unserer Bauernmassen.“

„Wir müssen den Bauern die Vorteile noch viel näher bringen über die Zäune seines Hofes hinaus. Da ist nämlich die Welt sehr oft für ihn mit Brettern vernagelt.“

„Wir erzählen den Leuten von Organisation und Zwangswirtschaft. Das hat eine ganze Weile gezeugt. Aber mit der Zeit kommt ihm auch das bis oben hinaus.“

„Fragen Sie einmal einen Sozialdemokraten, wie er Ihnen sein Programm — ein eingiges! — vorbetet. Beängigt ist man; man ist erstaunt; man sieht sich erschrocken um und sieht sich mit Ehrfurcht diese Wucht an und die Gedanken, die die Leute haben. Fragen Sie aber einmal unsere Leute! Dann müssen Sie schon ganz hoch rauskommen, ehe Sie einen finden, der ein Programm hat.“

„Einer der Hauptsünder ist der bestehende Bauer. Von Idealismus keine Spur. Da können Sie sehen, unter hundert bleibt immer nur einer im Sieb hängen.“

Schöne Selbstgeständnisse! Wahres, Allwahreres!

Freikorps oder Räuberbande?

Das Dunkel, das über den „Selbsttäter“ der Aulod-Truppen schwebt, beginnt sich insofern zu klären, als die Gegenläufe zwischen den Mithandlungen Belastungszeugen und den entlastenden Aulod-Kameraden dadurch gemildert werden, daß diese „Entlastungszeugen“ sich in Widersprüche verwickeln oder bei gefährlichen Fragen eine auffällige Gedächtnischwäche zeigen. Welchen Druck heute noch die Aulod-Leute auf Zeugen ausüben, bewies ein als Entlastungszeuge vernommener Domänenpächter. Er hat, die Aussage verweigert zu dürfen, weil er die Sache der Angehörigen des Freikorps fürchtet. Als dies nicht gestattet wurde, erzählte er folgendes: Einige Zeit vor dem Kapp-Putsch hatte er Aulod-Soldaten als Einquartierung, da diese aber auf seinem Hofe stahlen und Unzucht verübten, hat er das Generalkommando, ihn von den unlieblichen Gästen zu befreien. Dies geschah auch, und als das Freikorps Aulod Herr der Situation war, wurde er verhaftet. Gemildert wurde er verhaftet, weil er ein wichtiger Domänenpächter war, der die Freikorps sich seiner annahm. Zu dem Rechtsbeistand des Domänenpächters, der bei Aulod vorstellig wurde und hat, den Verhafteten zu entlassen, äußerte Aulod, er würde den Verhafteten freilassen, wenn dieser 2000 bis 3000 Mark für sein Freikorps stiften würde. Trotz dieser von mehreren Zeugen bestätigten Worte ist gegen Aulod nicht das Verfahren wegen verächtlicher Erpressung eingeleitet worden. Vielmehr hat sich der Staatsanwalt mit der Versicherung Aulods zufrieden gegeben, er habe nur einen Scherz gemacht. Um diesen Domänenpächter zu verächtlichen, wirft ihm der Angeklagte Walter vor, daß er die Verhafteten freilassen wollte, und obgleich der so Verdächtige nachwies, daß eine Lüge des Angeklagten vorliegt, wird dieser Angriff auf einen Zeugen von dem Vorstehenden nicht gerügt. Der Adjutant des Freikorps, ein Volksschullehrer im Zivilberuf, macht den vergeblichen Versuch, die Truppen rein zu waschen und alle Schuld auf die Presse zu schieben. Dabei verwechselt er Ursache und Wirkung, denn nach den während der Verhandlung entwickelten Bildern hat die Truppe schon vorher genügend Grund zu den ihr mißliebigen Presseäußerungen gegeben. Ein Kriminalbeamter sagt aus: Die Angeklagten hätten damals die Mithandlungen der Gefangenen mit deren Widerstand erklärt. Der frühere Adjutant Aulods wird getragt, weshalb die Mithandlungen vom 17. März an zahlreicher und schwerer geworden seien. Der Zeuge antwortet, daß nach Rücktritt der Kapp-Regierung die Gerechtigkeit der Leute zugenommen habe. Sie rechneten damit, daß nunmehr die bolschewistische Regierung ans Ruder kommen würde.

Der gekennzeichnete Staatsanwalt.

Im Kasseler Kommunistenprozeß, dessen Urteil wir bereits mitgeteilt haben, führte der Verteidiger Dr. Wolff in seinem Plädoyer u. a. aus: Der Staatsanwalt hat sich darüber entrüstet, daß in einem Schriftstück den Kommunisten im Falle der Verhaftung Schweigepflicht vorgeschrieben ist. Jener Mann, der in Berlin der Orgeß-Wissenschaftler Hehl beraten hat, weiß nicht mehr unter den Lebenden, weil die Orgeß-Feme tatsächlich existiert und ihr Substanzvermögen ausübt. Die Angeklagten handelten in Notwehr gegen einen drohenden Angriff von rechts. Ein Rechtsrat hat keine Gültigkeit, wenn er andauernd durchbrochen wird. Bayern hat durch seine bewaffnete Einwohnerwehr die Verordnung des Reichspräsidenten andauernd verletzt und damit die Reichsverfassung gebeugt. Den Angeklagten hat daher das Bewußtsein der Rechtswidrigkeit gefehlt. Die Angeklagten haben heimlich gearbeitet, um nicht Opfer der Gegenrevolution zu werden. Die Angeklagten müssen freigesprochen werden. Wegen des Strafmaßes sollte ich eigentlich dem Staatsanwalt Küppelid antworten, denn auf einen großen Klotz gehört ein großer Keil. Ich streite mit einem Deutschnationalen, mit einem Staatsanwalt, der in der Voruntersuchung zu den Angeklagten erklärt hat, er sei deutschnational bis auf die Knochen, er sei überzeugter Monarchist, er herbe als Monarchist, wozu er allerdings schon vorher Gelegenheit gehabt hätte. Der Staatsanwalt hat eine deutschnationale Agitationsrede gehalten, wie ich sie von einem Staatsanwalt noch nicht gehört habe. Der Kapp-Putsch war deutschnationales Werk, das läßt sich nachweisen. Viel eher wissen die Kapp-Putschisten als ehelos bezeichnet werden als die Angeklagten, denn durch die Kappisten sind Bürgerblut geschossen. Die glorreiche alte Zeit verdanken wir nicht dem alten System, sondern dem Fleiß der Kopf- und Handarbeiter. Diejenigen Offiziere, die sich jetzt an die Spitze der deutschnationalen Partei gestellt haben, sind Leute, die als Monarchisten sterben wollten und doch nicht gestorben sind. Nicht die Arbeiter haben den Zusammenbruch herbeigeführt, sondern jene Kreise, die im Kriege Getreide den Schwämmen veräußerten, weil Schwämme für einen Deutschnationalen wertvoller sind als Menschen, Herr

Staatsanwalt. Ich habe es bis gestern für nötig gehalten, gegen den Herrn Staatsanwalt zu demonstrieren. Ich konnte das nicht mehr ertragen, daß der Staatsanwalt Dr. Meyer die Angeklagten als ehelos bezeichnet, und seitdem ich weiß, daß der Herr Staatsanwalt Meyer identisch ist mit dem Kriegsgerichtsrat Dr. Meyer, der im Prozeß gegen die Mörder Liebknechts und Rosa Luxemburgs den Mörder Runge zu einer so geringen Strafe verurteilt hat, seitdem ich weiß, daß er als Kriegsgerichtsrat im Marlow- und Kessel-Prozeß tätig war. Der Staatsanwalt hat nicht aus Pflichtgefühl, sondern aus verbissener Wut gegen die Angeklagten seinen Zuchthausantrag eingebracht. Ich schäme mich für den Herrn Staatsanwalt!

Vorsitzender: Das Gericht betrachtet den letzten Satz als durchaus ungehörig.

Staatsanwalt: Ich bitte die Ausrolle „Ich schäme mich für den Staatsanwalt“ und „aus verbissener Wut“ zu protokollieren, da ich auf Grund dessen eine Beleidigungssklage erheben will.

Dr. Wolff: Ich handle in Wahrung berechtigter Interessen und widerspreche daher dem Antrag. Der Staatsanwalt hat wehrlose Angeklagte beleidigt, indem er sie als ehelos bezeichnet.

14. Verbandstag der Böttcher und Böttcherehilfsarbeiter.

Kr. Vom 28. Februar bis 5. März tagte in Frankfurt a. M. der Verbandstag der Böttcher und Böttcherehilfsarbeiter Deutschlands, der von 62 Delegierten, den Gauleitern, Vorstandsmitgliedern, dem Redakteur und Ausschußvorsitzenden besucht war. Den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund vertrat Graßmann-Berlin und den Brauerei- und Mühlenarbeiterverband Laut-Frankfurt a. M. Den Geschäftsbericht erstattete Wagner-Bremen. Die Diskussion über den Geschäftsbericht war sehr ausgedehnt. Den breitesten Raum in den Auseinandersetzungen nahmen die Streitigkeiten der Filiale Bremen mit dem Verbandsvorsitzenden Winkelmann ein, wegen dessen Tätigkeit als Volksbeauftragter in Bremen. Gegen Winkelmann wurde besonders der Vorwurf erhoben, daß er während seiner Regierungstätigkeit sich um den Verband fast nicht gekümmert habe. Er hätte im Interesse des Verbandes das Amt eines Senators nicht annehmen dürfen. Winkelmann wies die Angriffe gegen ihn als unberechtigt zurück. Während seiner Tätigkeit in der Regierung sei er vom Verband beurlaubt gewesen, trotzdem habe er sich der Verbandsgeschäfte nach Möglichkeit angenommen. Er habe weder gegen Verbandstagsbeschlüsse noch gegen statutarische Bestimmungen verstoßen. Die Sache Winkelmann wurde der Beschwerdekommision überwiesen die später einstimmig dem Verbandstag einen Beschluß unterbreitete, der feststellte, daß eine grobe Schädigung von Verbandsinteressen, die einen Ausschluß oder auch nur eine Entfernung vom Posten als Hauptvorbehalt als gerechtfertigt erscheine, nicht nachgemessen ist. Eine fahrlässige Schädigung des Verbandes liege vor, jedoch trage nicht allein Winkelmann, sondern der gesamte Hauptvorstand sowie der Ausschuß mit die Schuld. Der Verbandstag stimmte mit 34 Stimmen bei einer größeren Zahl Enthaltungen diesem Beschlusse zu. Weiter wurde, allerdings gegen eine starke Widerzettel, Winkelmann das volle Vertrauen des Verbandstages ausgesprochen. — Den Bericht über das Verbandsorgan gab Redakteur Helfenberger-Bremen. Er erklärte, sein Bestreben sei gewesen, in der Zeitung die parteipolitische Neutralität zu wahren, jedoch gegen Schädlinge der Gewerkschaftsbewegung, gleich welcher Richtung sie angehörten, energisch Front zu machen. An dem Bericht schloß sich eine Aussprache an, in der verlangt wurde, daß die Redaktion sich bei parteipolitischen Streitfragen objektiv und sachlich äußere. Vor allem wurde gefordert, daß innerhalb der Gewerkschaften die Einheitsfront der klassenbewußten Arbeiterklasse gewahrt wird. Der Vertreter des Gewerkschaftsbundes, Graßmann-Berlin, präziserte in längeren Ausführungen den Standpunkt des Gewerkschaftsbundes zu den in der Debatte über den Geschäftsbericht und das Verbandsorgan aufgeworfenen allgemeinen Fragen. Die Anträge zum Pressebericht wurden dem Vorstand und der Redaktion zur Berücksichtigung überwiesen. — Ueber den Punkt Berufs- oder Industrieverband referierte Vorstandsmitglied Fruchtländer-Bremen. Er begründete folgende Resolution: „Der 14. Verbandstag der Böttcher erkennt die Notwendigkeit eines Zusammenchlusses mit anderen verwandten Organisationen zur Industriearbeiterschaft im Prinzip an. Der Verbandstag erkennt nicht die Schwierigkeiten, die ganz besonders in unserer Organisation zu überwinden sind, um einen geschlossenen Übertritt der Mitglieder zu ermöglichen. Die Generalversammlung beauftragt die Verbandsleitung nach Abschluß der Vorarbeiten der zu dieser Frage eingesetzten Kommission des Gewerkschaftsbundes und der endgültigen Beschlußfassung des nächsten Gewerkschaftskongresses in dem Sinne die nötigen Vorarbeiten mit den in Frage kommenden Organisationen zu treffen. Der event. Zusammenfluß oder Übertritt zur Industriearbeiterschaft hat alsdann durch Urabstimmung zu erfolgen.“ — Ein Korreferat zu diesem Punkt hielt Schäfer-Kassel. Er ist für den Zusammenschluß zu einem Industrieverband des Nahrungsmittelgewerbes oder Verschmelzung mit dem Holzarbeiterverband. Da aber jedenfalls der Zusammenschluß zu einem Industrieverband noch in zu weiter Ferne liege, stellte er einen Antrag auf Verschmelzung mit dem Holzarbeiterverband. In der Diskussion gingen die Meinungen über diese Frage sehr weit auseinander. Die meisten Delegierten waren für Beibehaltung der Berufsorganisation. Die Resolution fruchtlos nicht wurde mit 55 von 63 abgegebenen Stimmen angenommen. Damit waren die übrigen Anträge hierzu erledigt.

Ueber: Unsere Tariffaktik hielt Stein-Hamburg ein infruktives Referat. Er sprach sich für den Abschluß eines Reichsmanteltarifs mit dem Arbeitgeberverband aus. Nach einer längeren Aussprache wurde ein von dem Referenten vorgeschlagener Antrag angenommen, nach dem eine Kommission von fünf Mitgliedern eingesetzt wird, welche in Verbindung mit dem Hauptvorstand und den Gauleitern unverzüglich einen Entwurf für einen Reichsmanteltarif auszuarbeiten hat. Die Kommission wird ermächtigt, in Gemeinschaft mit dem Hauptvorstand und den Gauleitern die Verhandlungen mit den Arbeitgebern abzuschießen.

Am 5. Verhandlungstage wurde über die Schaffung eines Beirates beraten. Zu dieser Frage lagen mehrere Anträge aus einer Reihe Zirkularen vor, die die Einsetzung eines Beirates verlangten. Der Verbandstag beschloß auch einstimmig dementsprechend. Der Beirat besteht aus 7 Mitgliedern, die noch im Arbeitsverhältnis stehen und die von den einzelnen Bezirken gewählt werden. Bei der Statutenberatung wurden auf Vorschlag der Statutenberatungskommission 3 Beitragsklassen (bisher 2) eingeführt und der Beitrag in der 1. Klasse auf 4,20 Mark, in der 2. Klasse auf 3,20 Mark und in der 3. Klasse auf 2,10 Mark festgesetzt. Die Streitunterstützung wurde sehr erheblich, die übrigen Unterstützungen um 50 Proz. erhöht. Die erhöhten Beiträge treten am 1. April 1921, die erhöhten Unterstützungen am 1. Juni d. J. in Kraft. Der Ausschuß wurde von Hannover nach Hamburg verlegt. Ferner wurde beschlossen, daß der Sitz des Verbandes von Bremen verlegt wird. Verbandsvorstand, Ausschuß und Beirat sollen den Ort bestimmen. Bei der Wahl des Vorstandes wird in namentlicher Abstimmung Winkelmann mit 58 von 63 abgegebenen Stimmen zum 1. Verbandsvorsitzenden gewählt. Die übrigen jetzigen Vorstandsmitglieder wurden per Akklamation wiedergewählt. Damit waren die Arbeiten des Verbandstages erledigt.

Reich und Ausland.

Blutige Zusammenstöße in Swinemünde. Reichswehrministerium teilt mit: In der Nacht vom 5. auf den 6. März kam es in Swinemünde zu einem Zusammenstoß zwischen Marineangehörigen und Zivilpersonen. Bei Anlegen der Fähre wurde von Land aus eine Handgranate geworfen, durch welche ein Matrose und eine Zivilperson getötet, mehrere Matrosen und Zivilpersonen, auch eine Krankenschwester verwundet wurden.

Dynamitattentat im Vogtland. In Falle in wurde nachts 2 Uhr gegen das Rathaus ein Dynamitattentat verübt. Nachdem in die im Erdgeschoß gelegene Polizeiwache eine Handgranate geworfen worden war, wurde der Eingang zur Polizeiwache eine Sprengbombe zur Explosion gebracht, die am Rathaus und an den benachbarten Häusern fürchterliche Verheerungen anrichtete. Das Erdgeschoß des Rathauses ist besonders schwer beschädigt und bildet ein wüstes Durcheinander. In den benachbarten Straßen sind die Schaufenster und Fensterheben zertrümmert worden. Auch zwei Privatwohnungen wurden Handgranaten getroffen. Die Täter sind noch nicht ermittelt.

Grubenbrand in Oberschlesien. Sonnabend abend entbrach auf dem Ostflügel der Königshütte ein Grubenbrand. Bis zum Mittag waren 15 Leichtverletzte und sechs Tote geborgen. Die weiteren Rettungsarbeiten sind im Gange. Liebestraße. In Dresden tötete der 50jährige Arbeiter Scheidel seine 20jährige Geliebte mit einem Rasiermesser. Sein Selbstmordversuch durch Pulsaderöffnung mißlang.

Schweres Explosionsunglück. Aus Neu-Ulm wird ein schweres Explosionsunglück gemeldet, das sich in den Munitionsschuppen bei Schweighofen ereignete, wo Geschosse entladen werden. Ein Fächer explodierte, wodurch ein Oberaufseher sowie drei Arbeiter so schwer verletzt wurden, daß im Laufe der Nacht alle vier starben.

Schiffsuntergang. Der belgische Dampfer „Italia“, der von Malaga nach Antwerpen fährt, ist mit starker Beschädigung in Antwerpen eingelaufen. Die Besatzung erklärte, daß das Schiff in der Nacht zum Sonntag in der Nordsee mit einem unbekannten Schiff zusammengestoßen ist, das sofort unterging, ohne daß es möglich war, der Besatzung zu Hilfe zu kommen. Man glaubt, daß es sich um das Schiff „Mambré“ handelt, das den Dienst zwischen Antwerpen und dem Kongo versieht. Näheres ist noch nicht bekannt.

Erdbebenkatastrophe in China. Nach einer in London auf Beijing eingetroffenen Depesche sind durch ein katastrophales Erdbeben in den Provinzen Kan-Sou und Chan-Sie etwa 25000 Menschen ums Leben gekommen. — Vor einigen Tagen ist ein anscheinend sehr großes Erdbeben auf dem geodätischen Institut registriert worden. Seine genauen Abmessungen sind noch nicht festgestellt.

Theater und Musik.

Die „Matthäische Volkslied“ brachte am Sonntag nachmittags im Stadttheater ein hier noch unbekanntes Schauspiel „See-fahrt“ von Werner zur Aufführung. Es ist ein dramatisiertes Unglücksfall, dessen letzte Ursache in dem Konkurrenzkampf der rivalisierenden Schiffsahrtsgesellschaften zu suchen ist. Wer unbekannt mit dem Unheil, daß er damit anrichten kann, am schnellsten die See durchquert, der bekommt die Kapitänstelle und die Schiffsprämie. Beides erhofft auch Alfred Wegerich, der in rafinelnder Fahrt durch den Nebel seines künftigen Schwiegervaters Rutter mit Besatzung, darunter den alten Jensen selbst, in den Grund bohrt. Trotz allem Leid, das dadurch angerichtet wird, reichen sich zuletzt Alfred Wegerich und Marie Jensen die Hand zum Bunde, und der Autor ist so freundlich, ihnen eine glückliche Zukunft in Aussicht zu stellen. Die ganze traurige Geschichte rührt einen Teil des Publikums zu Tränen und ihre gute Tendenz wird sicherlich auch von denen anerkannt, die sonst in der wirklichen Praxis gegen den rückwärtslos kapitalistischen Wettkampf, der mit allen Mitteln arbeitet, nichts einzuwenden haben. Das dramatische Leben, das diesem Stück innewohnt, puffert nicht sehr stark, die einzelnen Charaktere sind nur recht oberflächlich gezeichnet und das ganze Schauspiel läßt mehr gute Absichten als wirkliches Gesehensvermögen erkennen. Dank der vorzüglichen Wiedergabe erzielte „See-fahrt“ lebhaften Beifall und der Verfasser, ein sympathischer älterer Herr, konnte sich dankend vor dem zahlreichen Publikum verneigen. Was Hamer als Frau Jensen, Fräulein Tarnow als deren Tochter Marie, Frau Gerzmer als Frau Grund, die Herren Bröder als Alfred Wegerich, Müller als Grund und Heidmann als Matthias gaben bodenständige Menschen vom niederdeutschen Schlag. Komische Wirkungen erzielte eine in diese bedächtige aber kernfeste Welt hineinerschlagene lässliche Schlampe, die Fräulein Sejeritz ergötzlich veranschaulichte.

Handel und Industrie.

Devisen-Kurse.

Hamburg, 7. März.			
Amtliche Devisennotierung an der Hamburger Börse.			
	7. März.	5. März.	
Holland	100 fl.	208 3/4	213 7/8
Kopenhagen	100 Kr.	108 1/2	107 7/8
Stockholm	100 Kr.	198 1/2	1990
Kristiania	100 Kr.	98 1/2	102 7/8
Helsingfors	100 finn. Mk.	175	177 1/2
Schweiz	100 Frs.	101 7/8	104 1/2
Wien (alt)	100 K.	—	—
do. (neu)	100 K.	18 1/2	18 1/2
Budapest	100 K.	15	15
Prag	100 K.	80 1/2	79 1/2
Spanien	100 Pesetas	84 1/2	—
London	1 £	286 1/2	242 1/2
Paris	100 Frs.	444 1/2	449
Belgien	100 Frs.	468	468
Italien	100 Lire	280	285
Bukarest	100 Lei	—	—
N. York telegr. Ausz.	1 Doll.	60 1/2	62 1/2
do. briell. Ausz. od. Scheck		60 1/8	62 1/2

Schiffsverkehr im Lübecker Hafen.

Dampfer	Gegler	Schiffsname	Kapitän	Herkunftsort	Fahrtzeit	Tage	Stk
Angekommen am 7. März 1921.							
D.		Finnland	Holmberg	Idö		4	
D.		Awentown	Rotwe	Antwerpen		8	
D.		Kanal 2	Peterjen	Göteborg		8	
Angekommen am 8. März 1921.							
D.		Thönitz	Sörensen	Kolbing		1	
D.	S.	Gerta	Kaob	Stettin		2	
D.	S.	Corona	Lahrner	Stettin		11 1/2	